

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft

Mit Strafzinsen gegen die Sparer?



Hat die EZB ein Tabu gebrochen?
Negativzinsen – das Ende des Kapitalismus?
Verantwortung der Wirtschaftsjournalisten

Liebe Leserinnen und Leser,

EZB-Präsident Draghi hat in einer Grundsatzrede zur Geldpolitik im Europaforum beim Europäischen Bankenkongress am 21. November schon im ersten Satz von einem *deutlichen Kurswechsel* gesprochen. Nach einer Analyse der jüngsten Entwicklung hat er klar dargelegt, dass die Wirkung der letzten nominalen Leitzinssenkungen durch stärker sinkende Inflationsraten *real* betrachtet nicht nur außer Kraft gesetzt, sondern ins Gegenteil verkehrt wurde. Er machte deutlich, dass er sich genau deshalb Sorgen um die zu niedrigen Inflationsraten macht und er diese mit Anleihekäufen wieder in die Höhe treiben will. Das Inflationsziel müsse so rasch wie möglich wieder erreicht werden und die Notenbank würde »alles« dafür tun. Mit solchen Formulierungen pflegt er die Märkte nachhaltig zu beeindrucken.

Noch bemerkenswerter ist, dass er einräumte, dass auch die *Inflationserwartungen* deutlich unter das Inflationsziel gefallen sind. Bis vor kurzem betonte er in jeder Pressekonferenz, diese wären gut verankert – auch noch als dies offensichtlich nicht mehr der Fall war. Also sind auch die mittel- und langfristigen Zinsen, die für die Investitionsbereitschaft wichtig sind, obwohl sie auf historischen Tiefstständen zu verharren scheinen, *real* betrachtet gestiegen. Draghi hofft, mit Anleihekäufen einerseits weiteren Druck auf die mittel- und langfristigen nominalen Renditen auszuüben und andererseits durch Ausweitung der EZB-Bilanz die Inflationsraten in die Höhe zu treiben, um die Realverzinsung auch dadurch zu drücken.

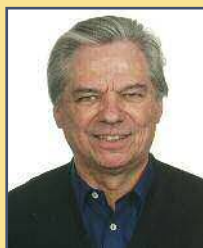
Wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, dass bisher noch kein namhafter Ökonom für die Geldreform Silvio Gesells eingetreten ist, um das Geld-Ware-Verhältnis ins Gleichgewicht zu bringen oder die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu stabilisieren, die in den letzten Jahrzehnten trendmäßig gesunken ist. Es geht immer nur um die *Einwirkung* der Notenbank auf die Konjunktur *mittels der Leitzinsen*. Ein neues Interesse an unseren alten Ideen kann aber bald entstehen und hat sich in der Rede von EZB-Direktor Benoît Cœuré am 9. September bereits angedeutet.

In dieser Besorgnis erregenden Lage sollten alle guten Argumente berücksich-

tigt werden. Sogar der Vorschlag von Kenneth Rogoff, das Bargeld abzuschaffen, sollte ernst genommen werden. Wir sollten auf seine Begründung schauen und erkennen, dass die von uns schon immer kritisierte Hortbarkeit des Bargeldes jetzt von gestandenen Geldpolitikern als gravierendes Problem bezeichnet wird, dem mit einer drastischen Maßnahme begegnet werden muss. An der Nullzinsschranke gilt nämlich das Argument nicht mehr, die Notenbank könne jede Hortung, jedes Sinken der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes durch Geldvermehrung kompensieren. Die Geldvermehrung verschwindet an der Nullzinsschranke leicht im »schwarzen Loch« der Hortung, im deflationären Zusammenbruch der Umlaufgeschwindigkeit. Deshalb ist ein deflationärer Prozess – einmal voll in Gang gekommen – nicht mehr beherrschbar.

Wir können zeigen, dass die Verlustfreiheit der Hortung von Liquidität das eigentliche Problem für die Notenbankpolitik ist. Eine Gebührenbelastung des Bargeldes wird nicht nur mit größeren Spielräumen für die Leitzinsfestsetzung und damit eine leichter stabilisierbare Konjunktur belohnt. Als Zugabe gibt es echte Geldwertstabilität, weil der Sicherheitsabstand von der Deflation dann verzichtbar ist, weil der Umlauf des Geldes dann stabilisiert ist und nicht mehr absacken wird. Bei Geldwertstabilität ist eine Unterscheidung von Nominal- und Realzinsen nicht mehr notwendig und damit eine viel direktere Wirkung von Leitzinsänderungen zu erwarten.

Schon minimal negative Einlagenzinsen für Guthaben der Geschäftsbanken bei der EZB haben eine unerwartete Aufmerksamkeitsskaskade nach sich gezogen und sie beginnen durchzuschlagen auf das Verhältnis der Geschäftsbanken zu ihren Kunden. Die eingeschlagene Richtung stimmt.



Mit den besten Grüßen,
Eckhard Behrens

Kontakt: Redaktion@INWO.de

Inhalt

- 3 Alwine Schreiber-Martens:
Bericht 54. Mündener Gespräche
- 4 Felix Fuders und Dirk Löhr:
Hat die EZB ein Tabu gebrochen?
- 6 Walter Hanschitz-Jandl:
Das Ende des Kapitalismus?
- 10 Klaus Willemsen: Verantwortung der
Wirtschaftsjournalisten
- 12 Beate Bockting: Bericht 4. Internationale
Degrowth-Konferenz
- 15 Buchvorstellungen
- 16 INWO Deutschland
- 18 INWO Schweiz
- 21 Bestellformular
- 22 Mitgliedsantrag INWO D
- 23 Termine Deutschland

Impressum

FAIRCONOMY 10. Jahrgang, Nr. 4 Dez. 2014, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), M. Gassner
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 2.000 Exemplare; davon 420 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

Bildnachweis

Titelseite: © Zechariah Judy / flickr.com, © R. K. Hofschläger / pixelio.de, cvp-design; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 4: © S. Hofschläger / pixelio.de; 5: © Rebmann / clipdealer.com; 7: © Klicker / pixelio.de; 8: © Thorben Wengert / pixelio.de; 10: © Vlado Plaga / INWO; 11: © dacasdo / clipdealer.com; 12: © Thomas Victor; 13: © Eva Mahnke; 14: danyonited / Klimagerechtigkeit Leipzig; 15: © A. Lindert-Rottke / fotolia.com; 16: © Thomas Victor; 16: © © Lost X Space / flickr.com; 18: © http://www.vollgeld-initiative.ch; 19: © www.DANACH. jetzt; 23: © Joss / PIXELIO.de, 24: © Zechariah Judy / flickr.com

Layout: cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt: Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg,
Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602,
E-Mail: INWO@INWO.de, http://www.INWO.de

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum
(BLZ: 430 609 67)
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V. Mit ihr machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam. Die FAIRCONOMY schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung dafür ist eine Geld- und Bodenreform. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Grundsteuerreform aktuell wichtig

Die anhaltende Weltfinanzkrise nahm mit einer Krise am US-amerikanischen Kapitalmarkt ihren Anfang und weitete sich zu einer Immobilienkrise mit Folgen für die Kapitalmärkte weltweit aus. Das zeigt den engen Zusammenhang zwischen Bodenrecht und Geldwesen und unterstreicht die Notwendigkeit eines Gesamtpakets von Geld- und Bodenrechtsreformen.

Bei den Mündener Gesprächen am 22. und 23. November 2014 wurden beide Bestrebungen im Hinblick auf die aktuellen Entwicklungen beleuchtet. Auftakt der Tagung war der Vortrag von Prof. Dr. Dirk Löhr: »Pay for what you get!« – Henry George als Ergänzung zu Silvio Gesell. Eindrücklich stellte er das Henry-George-Theorem dar, das zeigt: Die städtische Bodenrente ist ein »sozialer Überschuss«, der nach Bezahlung von Löhnen und abgeführten Kapitalzinsen bleibt. Die Produzenten als Bodeneigentümer sind darauf zur Deckung ihrer Kosten nicht angewiesen. Seine Höhe ist ausreichend, um die Fixkosten der städtischen Infrastruktur zu decken. Und genau diese Infrastruktur ermöglicht erst den Überschuss! Gegenwärtig erlaubt der »Steuerstaat« zuerst die Privatisierung der Bodenrente und ist dann auf das Einziehen anderer Steuern angewiesen. Und da Kapital »fliehen« kann, wird in erster Linie Arbeit belastet.

Grundsteuerreform nötig und möglich!

Löhr nannte ungewohnte Beispiele: Energieerzeuger sind auf bestimmte Standorte angewiesen. Aldi, Lidl, Mac Donalds ziehen die Gewinne in erster Linie aus ihren Standorten. Fluglinien profitieren von günstigen Zeitnischen – ein Beispiel für »Boden im weiten Sinn«. Zahlen die Unternehmen für diesen Nutzen, den die Allgemeinheit hervorgebracht hat? Der Blog von Prof. Löhr ist eine Fundgrube für dieses »Rent Grabbing«: <http://rent-grabbing.com>

Kann man diese Renten abschöpfen, also der Allgemeinheit zuführen, der sie zustehen? Bei Boden im eigentlichen Sinn kann dies z.B. über eine Bodenwertsteuer geschehen. Sie schränkt das Boden-Angebot nicht ein, ganz im Gegenteil. In Deutschland könnte sich aktuell eine Möglichkeit auf tun, da die gegenwärtige Grundsteuer geändert werden muss, siehe dazu: www.grundsteuerreform.net – Noch ist Zeit zu unterschreiben!

Raubbau am Boden verhindern

Am Nachmittag war Dr. Wilfried Bommert vom Institut für Welternährung eV. eingeladen. Sein Thema: Bodenrausch – Die globale Jagd nach



54. MÜNDENER GESPRÄCHE

den Äckern der Welt. Eigentlich könnten wir es wissen: Die gegenwärtige Situation von Welternährung, Bodenfruchtbarkeit, Biodiversität, Oberflächen- und Grundwasser, Klimawandel, zunehmendem Fleischkonsum, Agro-Industrie ist katastrophal. Was können wir tun? Zum Beispiel die Lebensgewohnhei-

Die Änderung der Bodenordnung muss gelingen, bevor die Kapitalsättigung zur Vollendung kommt.

ten auf mehr Ökologisierung, Regionalisierung, einfach auch auf »gesundes Essen« hin ausrichten. Er schlägt außerdem vor: eine UN-Soil-Agency, die die Bodennutzung koordiniert, das Wissen der Kleinbäuerinnen(!) weltweit nutzen und stärken, Landgrabbing verbieten, Einspeisevergütung ändern ... Er ermuntert durchaus dazu, sich im eigenen Umfeld für scheinbar kleine Änderungen einzusetzen. Insgesamt gilt aber auch hier: Eine andere Regulierungsweise der Bodennutzung ist unverzichtbar.

Auswirkungen negativer Zinsen

Der zweite Vortragende des Nachmittags war Fritz Andres vom Seminar für freiheitliche Ordnung, Bad Boll: Negative Zinsen und ihre Auswirkungen – Perspektiven eines volkswirtschaftlichen Novums. Die schon länger bestehende leicht negative Verzinsung von Guthaben trat bisher nicht ins allgemeine Bewusstsein. Erst die nominale Negativverzinsung der Einlagen der Banken bei der EZB hat den »Aufschrei« ausgelöst.

Die Zinsen für langfristige Geldanlagen waren durch die zunehmende Kapitalsättigung in den letzten Jahrzehnten bereits gesunken, wodurch jedoch der Abstand zu den Zinsen für kurzfristige Anlagen immer kleiner wurde. Bei gleichzeitig sinkender Inflationsrate fehlt der Anreiz für Bankkunden, Gelder längerfristig festzulegen. Dies macht die Fristentransformation der Banken risikoreicher und erhöht den Druck, mit Zweckgesellschaften außerhalb der Regulierung überzogene Fristentransformation zu wagen. Einige Banken reagieren nun bereits auf das Signal der Zentralbank und erheben ihrerseits negative Zinsen auf kurzfristige Anlagen. So werden die Bankkunden zu längerer Festlegung gedrängt, was das Risiko der Fristentransformation senkt. Allerdings kann die Zentralbank nur dann stärker negative Sätze vorgeben, wenn auch Bargeld eine Last (»Durchhaltekosten«) trägt, andernfalls würde massiv in Bargeld umgeschichtet. Von Kenneth Rogoff kam daher bereits der Vorschlag, Bargeld abzuschaffen.

Strategiediskussion

Durchhaltekosten sind eine deutlich sanftere Maßnahme als die Abschaffung des Bargeldes. Gemeinsam mit negativem Zins am Geldmarkt haben sie positive Wirkungen – bis hin zur vollen Beschäftigung der Produktionsfaktoren und dadurch Kapitalsättigung mit Langfristzinsen von Null. In diesem Sinn argumentierte auch Jörg Gude im Vortrag am Sonntag: Niedrige Zinsen sind gute Zinsen! Doch sie lassen die Bodenpreise unbegrenzt wachsen – solange nicht die Bodenrente abgeschöpft wird. Bevor volle Kapitalsättigung eintritt bzw. eintreten kann, ist daher die Änderung der Bodenordnung zwingend! ■

Alwine Schreiber-Martens

Hat die Europäische Zentralbank ein Tabu gebrochen?

Am 5. Juni diesen Jahres reduzierte die EZB ihren Refinanzierungssatz für Banken auf 0,15 % und den Einlagesatz auf -0,10 %. Am 4. September legte sie noch einmal drauf:

Die Sätze wurden noch einmal auf 0,05 % bzw. auf -0,20 % gesenkt.

Hat die Europäische Zentralbank damit ein Tabu gebrochen?



Wirft man einen Blick auf die Rede »Life below zero: Learning about negative interest rates«, die Benoît Cœuré am 9.9.2014 in Frankfurt vor der Money Market Contact Group gehalten hat, sieht es fast so aus. Wiederholt bezieht sich Cœuré auf Silvio Gesell, und sagt, dass die Idee negativer Zinsen oder der Besteuerung von Geld zurückginge auf das späte 19. Jahrhundert, auf Silvio Gesell¹. Cœuré ist Mitglied des Direktoriums der EZB. Seine Rede ist die eines Zentralbankers, der nachdenklich geworden und neue Wege zu beschreiten bereit ist.

Gesells Idee ...

Silvio Gesells Idee war es, dem Bargeld Durchhaltekosten² aufzuerlegen, damit dieses nicht unbegrenzt gehortet werden kann. Dafür sollten z.B. Gebührenmarken in regelmäßigen Zeitabständen auf Geldscheine geklebt werden müssen, damit diese ihren Wert behalten³. Um Gesells Vorschlag zu verstehen, muss man sich vergegenwärtigen, dass Geld in unserem heutigen Finanzsystem zwei sich widersprechende Funktionen erfüllen soll. Einerseits ist Geld ein Tauschmittel, es soll den Austausch von Gütern erleichtern (so bereits Aristoteles⁴). Andererseits lesen wir in Lehrbüchern, dass Geld auch die Funktion eines Wertaufbewahrungsmittels erfüllt⁵. Silvio Gesell erkannte, dass aus diesem Widerspruch die regelmäßig wiederkehrenden Finanzkrisen entstehen. Wenn nämlich Menschen ihr Geld unter dem Kopfkissen horten, so kann es nicht gleichzeitig als Tauschmittel fungieren. Wenn viele Menschen ihr Geld zu Hause aufbewahren, so fehlt dieses im Wirtschaftskreislauf, die Nachfrage sinkt, Preise



Frei parken gehört abgeschafft! Sowohl Bargeld als auch alle Sichteinlagen der Bankkunden müssen mit ausreichend Gebühren belastet werden.

sinken, es entsteht Deflation. Wenn Preise sinken, ist der Anreiz, das Geld lieber später als heute auszugeben noch größer, was die Tendenz zum Horten noch verstärkt. Selbst gesunde Unternehmen müssen die Produktion drosseln oder ganz stilllegen, weil kaum noch etwas gekauft wird. Die Arbeitslosigkeit steigt. Eine Abwärtsspirale mit schlimmen Folgen kommt in Gang.

... noch nicht umgesetzt

Die Tatsache, dass sich ein Mitglied des EZB-Direktoriums bei der Kommentierung der historischen Entscheidung, negative Einlagenzinsen festzulegen, auf Silvio Gesell bezieht, ist vielleicht noch bemerkenswerter als die Tatsache selbst, dass die EZB erstmals einen negativen Zinssatz für Einlagen verhängt hat.

Tatsächlich hat eine solche »Parkgebühr« für Zentralbankgeld, das Geschäftsbanken bei der Zentralbank deponieren, Ähnlichkeit mit dem Vorschlag Gesells. Vor diesem Hintergrund hat die Rede Cœurés, die sich ausdrücklich auf Gesell bezieht, bei manch kritischem Betrachter des heutigen Geldwesens vielleicht neue Hoffnungen erweckt; Hoffnungen, dass die EZB nun auf den Kurs von Gesell einschwenken könnte.

Bei näherem Hinsehen wird allerdings deutlich, dass derzeit noch kein Grund für einen Freudentaumel besteht: Zunächst wird eine Belastung des umlaufenden Bargeldes durch Cœuré überhaupt nicht thematisiert. Er hält das Problem offenbar allein deswegen schon für gelöst, weil beim Bargeld-Zahlungsverkehr Transaktionskosten anfallen. Cœuré übersieht jedoch dabei, dass die von Gesell und im Übrigen auch von Keynes befürworteten Durchhaltekosten⁶, die dem Geld seine Funktion als Wertaufbewahrungsmittel nehmen sollen, einen anderen Charakter haben als die von Cœuré angeführten Transaktionskosten, welche im Kontext der Tausch- und Zahlungsmittelfunktion entstehen.

1 B. Cœuré, Life below zero: Learning about negative interest rates (Presentation at the annual dinner of the ECB's Money Market Contact Group, Frankfurt am Main, 9 September 2014). <http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2014/html/sp140909.en.html>. Eingesehen am 29. September 2014.
2 Der Begriff der Durchhaltekosten stammt von Keynes, der sich wohlwollend mit der Idee Gesells auseinander gesetzt hatte, vgl. J. M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 6. Auflage (Orig. 1936), Berlin 1983, S. 298 ff.
3 S. Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung, 9. Aufl., Lauf 1949, S. 235 ff.
4 Aristoteles, Politik, 1. Buch, 1258b.
5 Vgl. etwa W. Grill / H. Perczynsky, Wirtschaftslehre des Kreditwesens, 29. Aufl., Bad Homburg 1995, S. 98.

Negativzinsen auf Giralgeld

Ebenso wenig werden die Sichteinlagen bei privaten Geschäftsbanken erwähnt, die zumindest beim derzeitigen Einlagensatz von -0,20 % noch so gut wie überhaupt keine Weiterbelastung erfahren. Zwar erheben bereits einige Banken »Strafzinsen« auf Einlagen der Geschäftskunden und in einem Fall, namentlich der Deutschen Skatbank, auch auf täglich fällige Einlagen von Privatkunden mit einem Gesamteinlagenvolumen von 3 Mill. € und mehr⁷. Trotz der Strafzinsen, die Geschäftsbanken nun für Einlagen bei der EZB zahlen müssen, wird den Banken aber vorgehalten, sie würden das Geld lieber bei der EZB parken, anstatt Kredite zu vergeben. Das Handelsblatt titelte jüngst: »Banken ertrin-

Die Niedrigzinspolitik der EZB müsste durch eine Politik der Abschöpfung der ökonomischen Renten im Euroraum begleitet werden.

ken im Geld – Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik übersteigen die Einlagen die ausgereichten Kredite⁸. Von einem allgemeinen Negativzins auf Giralgeld sind wir also noch weit entfernt. Das gilt umso mehr, wenn man die positiven Liquiditätsprämien betrachtet, die – wie auch bei Bargeld – selbst im ertragslosen Zustand noch zu einem deutlich positiven Eigenzinssatz (Keynes) führen.

Liquiditätsprämie berücksichtigen

Die Niedrigzinspolitik findet derzeit am kurzen Ende des Geld- und Kapitalmarktes statt. Am langen Ende sind die Zinsen durchaus noch deutlich sichtbar und können nicht nur durch Arbeits- und Risikokosten der Kreditinstitute begründet werden, wie dies Cœuré



Den Auswirkungen der Negativzinspolitik v.a. auf die Immobilien- und Aktienmärkte muss entgegengewirkt werden, sonst könnte z.B. Wohnen bald unerschwinglich sein.

tut. Selbst, wenn die Zentralbank dazu übergeht, auch mit dem Refinanzierungssatz in einen deutlich negativen Bereich zu gehen, ändert sich hieran nichts. Der Grund hierfür ist, dass die Liquiditätsprämie des Geldes nicht »automatisch« durch die großzügige Emissionspolitik der Zentralbank verschwinden wird. Sie kommt im Geldverkehr zwischen Privaten wieder zum Vorschein. Die Parkgebühr für das Bunkern von Geldern der Geschäftsbanken bei der EZB müsste daher so hoch sein, dass Banken auf alle Sichteinlagen ihrer Kunden Gebühren erheben und Kredite nahezu kostenlos wären. Leider wird die 0,20%-Gebühr auf Einlagen, die Geschäftsbanken bei der Europäischen Zentralbank halten, wohl kaum genug Druck ausüben, um den Zinssatz, den Geschäfts- und Privatkunden bei ihren Banken für Kredite zahlen, gegen null tendieren zu lassen. Die Art und Weise wie die EZB derzeit ansatzweise die Idee Silvio Gesells umsetzt, wird also noch nicht die Probleme⁹ unseres Finanzsystems lösen. Es besteht allerdings die Gefahr, dass man nach einem Zusammenbruch des Finanzsystems sagen wird: Schaut her, Silvio Gesells Idee hat auch nicht funktioniert.

Eigentumsordnung mitdenken

Im Übrigen vermisst man in der Rede Cœurés Gedanken über das Zusammenspiel zwischen Geldumlaufsicherungsgebühr bzw. »Negativzins« und der Eigentumsordnung, wie sie für Gesell¹⁰ und auch für Keynes¹¹ eine hohe Be-

deutung hatten: Ist ein »Negativzins« bei einem positiven Eigenzinssatz (Keynes) von Land und Natur (im Privateigentum) überhaupt möglich? Oder stehen Arbitrageprozesse dagegen, die das Geld v.a. in Immobilien und Aktien schwappen lassen? Der Bodenwert ergibt sich näherungsweise aus der Bodenrente, dividiert durch den (Real-) Zinssatz; der Unternehmenswert aus der ökonomischen Rente des Unternehmens, dividiert durch den (Real-) Zinssatz. Welches sind die Auswirkungen einer »Negativzinspolitik« auf Assetpreisinflationen, v.a. auf den Immobilien- und Aktienmärkten? Kommt es zu einer Vermögenspreisexplosion, die z.B. Wohnen unerschwinglich werden lässt? An dieser Stelle wäre es schön gewesen, von Cœuré ein Wort darüber zu hören, dass die Niedrigzinspolitik der EZB durch eine Politik der Abschöpfung der ökonomischen Renten im Euroraum begleitet werden müsste.

Es bleibt also festzuhalten: Die Rede von Cœuré ist ein gewaltiger gedanklicher Sprung und könnte der Vorbote eines Paradigmenwechsels der EZB sein. Die derzeitige Politik der EZB ist allerdings noch weit weg von der Blaupause, die Silvio Gesell vorschwebte. ■



Felix Fuders, Jg. 1975, Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Mikroökonomie und Umweltökonomie an der Universidad Austral de Chile, Direktor SPRING Chile, Mitglied der Gesellschaft für Nachhaltigkeit und im Netzwerk für Nachhaltige Ökonomie, Berlin. E-Mail: felix.fuders@uach.cl



Dirk Lohr, Jg. 1964, Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomik an der Hochschule Trier, Umwelt-Campus Birkenfeld. Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft e. V., Sprecher des Zentrums für Bodenschutz und Flächenhaushaltspolitik, Steuerberater. E-Mail: d.loehr@umwelt-campus.de

6 J. M. Keynes, Allgemeine Theorie ..., a.a.O., S. 300 ff.

7 M. Frühauf / B. Freytag, Wegen Geldpolitik der EZB: Banken verlangen Strafzinsen, in: F.A.Z. v. 26.09.2014.

8 M. Schreiber, H.-R. Dohms, Banken ertrinken im Geld – Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik übersteigen die Einlagen die ausgereichten Kredite, in: Handelsblatt v. 17.10.2014.

9 Vgl. bereits F. Fuders, Die natürliche Wirtschaftsordnung als Option nach dem Zusammenbruch, in: Aufklärung & Kritik, Jg. 16, Nr. 2/2009, S. 128-145; ders., Alternative concepts for a world financial system – an answer to the present world financial crisis, in: Revista de Estudios Internacionales, Universidad de Chile, Nr. 166, Jg. XLII (2010), S. 45-56; J. Azkarraga, M. Max-Neef, ders., Larraitz Altuna, La Evolución Sostenible II – Apuntes para una salida razonable, Mondragón Unibertsitatea, Eskoriatza 2011, S. 46-56; F. Fuders, M. Max-Neef, »Regionalwährungen gegen eine globale Krise und für eine nachhaltige regionale Entwicklung«, in: H. Rogall et al. (Hrsg.), Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2012/2013, Marburg 2012, S. 345-362. D. Lohr, »Vollgeld, Freigeld und Assetpreisinflation«, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 48. Jg., 168./169. Folge, 2011, S. 40-54.

10 Vgl. S. Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung, a.a.O., S. 77 ff.

11 Vgl. J. M. Keynes, Allgemeine Theorie ..., a.a.O., S. 302.

Das Ende des Kapitalismus?

Nachdem die Europäische Zentralbank Anfang Juni die Einführung von Negativzinsen bekannt gab, wähten einige schon das Ende des kapitalistischen Wirtschaftssystems eingeläutet. Doch noch gibt es strukturelle Grenzen für Zinssenkungen, die es zu überwinden gilt.



»Negativzinsen – Das ist das Ende des Kapitalismus«, so war ein Beitrag von Thomas Straubhaar, dem Chef des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts, in der Zeitung Die Welt¹ am 10.6.2014 überschrieben. Das entspricht vollkommen dem Verständnis der Freiwirtschaft. Es ist tatsächlich sinnvoll, den Kapitalismus als ein System zu definieren, in dem die Kapitalerträge, zu denen die Geldzinsen gehören, nicht zur Disposition stehen, aus welchen Gründen auch immer. Dass Straubhaar eine Aversion gegen das Ende des Kapitalismus hat, wird nicht überraschen. Dagegen kann es verwundern, dass Linken-Chef Bernd Riexinger im Zusammenhang mit Negativzinsen gegen »Abzocke« der Kleinsparer wettete, als die Deutsche Sparkbank Negativzinsen von -0,25 % für Guthaben auf Tagesgeldkonten ab 500.000 Euro und Giroguthaben ab 2 Millionen Euro eingeführt hatte.² Das Ende des Kapitalismus müsste Riexinger eigentlich begrüßen. Die Überwindung des »reinen Zinses« entspricht doch dem »Streben, das den Sozialreformern aller Zeiten gemein war ... von den Kirchenvätern bis Marx und Lenin«,³ – so jedenfalls hat es Maurice Allais gesehen, der Wirtschafts-Nobelpreisträger von 1988, der dieses Ziel auch verfolgte.

Ein Novum: negative Zinsen der EZB

Spätestens mit der Senkung des Zinssatzes der Europäischen Zentralbank (EZB) für Einlagen der Geschäftsbanken (Einlagefazilität) in den negativen Bereich begann eine lebhaft diskutierte Diskussion über Negativzinsen. Mit dieser Maßnahme und mit ihrer Niedrigzinspolitik insgesamt möchte die EZB die Kreditvergabe der Banken stimulieren und so die Wirtschaft im Euro-Raum ankurbeln. Bei den horrenden Arbeitslosenzahlen vor allem in Südeuropa eine grundsätzlich begrüßenswerte Zielsetzung. Außerdem sieht die EZB die Inflationsraten als gefährlich niedrig an und fürchtet ein Abgleiten in die Deflation;

deshalb will sie, dass mehr Geld in der Wirtschaft ankommt.

Nach der Goldenen Regel der Akkumulation entspricht der optimale Zinssatz in einem Wirtschaftsraum der Wachstumsrate. Unter dieser Bedingung werden die Ressourcen optimal genutzt. Es ist daher kein Wunder, dass die Computer der US-Notenbank auf dem Höhepunkt der Finanzkrise einen Leitzins von

Dabei wird unter Ertrag gemeinhin der Zins verstanden, und deshalb die Untergrenze der nominalen Zinssätze bei null Prozent gesehen (*zero bound*), denn die Verzinsung von Bargeld ist gleich null.

Nun können wir uns aber vielleicht vorstellen, dass ein Sparer lieber einen kleinen Verlust beim Anlegen hinnimmt, statt gespartes Geld zuhause zu horten. Aus Angst vor Einbrechern etwa. Im Falle eines Einbruchs könn-



- 5% als optimal errechnet haben. Nach dieser Regel bräuchte eine Reihe von Ländern im Euroraum eigentlich seit geraumer Zeit negative Zinssätze (da die Wachstumsrate gewöhnlich in realen Größen angegeben wird, geht es zunächst einmal um negative Realzinsen, d.h. um Nominalzins minus Inflationsrate). Die Bemühungen der EZB haben also einen vernünftigen Hintergrund angesichts der wirtschaftlichen Situation in Südeuropa. Können sie aber den gewünschten Erfolg haben?

Zinssenkungen und das Geldproblem

Der Zins einer Geldanlage kann nicht unter den Ertrag von Bargeld sinken, denn niemand wird Geld anlegen, wenn es auf der Bank weniger einbringt als unter der Matratze.

Es ist grundlegend falsch, die Kleinsparer, die auch *Kleinverdiener* sind, als die Verlierer bei Negativzinsen darzustellen.

te er ja alles verlieren. Es greift also zu kurz, als Ertrag nur die Zinsen zu sehen. Es kommen noch weitere Faktoren ins Spiel, die den »Gesamtertrag« eines Vermögensgegenstandes ausmachen. Das Konzept des »Gesamtertrags« (*total return*) führte John Maynard Keynes in die Wissenschaft ein (der Ausdruck wird hier dem Ausdruck »Eigenzins« vorgezogen).

Der »Gesamtertrag« eines Vermögensbestandes hat nach Keynes drei Elemente: das Erträgnis q (bei Geldanlagen sind das die Zinsen), die Haltekosten c (*carrying costs*; »Durchhaltekosten« ist in meinen Augen eine eher unglückliche Übersetzung) und die Liquiditätsprämie l . Auch die letzte Größe sollte leicht nachvollziehbar sein. Kurzfristige oder

1 Online-Ausgabe, <http://www.welt.de/wirtschaft/article128893318>

2 Antje Schroeder, »Kalte Enteignung auf dem Sparbuch?«, Passauer Neue Presse, 3.11.2014

3 Maurice Allais, *Économie et Intérêt*, Paris 1947, S. 606, 613

sogar jederzeitige Verfügbarkeit der Ersparnisse hat Vorteile gegenüber einer langfristigen Bindung. Die Verfügbarkeit, oder Liquidität einer Anlage ist also ein weiteres Kriterium für die Wahl eines bestimmten Vermögensbestandes. Dafür nimmt man auch niedrigere Zinsen in Kauf. Der »Gesamtertrag« eines Vermögensbestandes ist also: $q - c + I$. Nun ist für Bargeld das Erträgnis q null, die Haltekosten sind nach Keynes »unbeachtlich«, die Liquiditätsprämie aber »beträchtlich«.⁴ Somit ist der Keynes'sche »Gesamtertrag« für Bargeld positiv. Deshalb wird Bargeld nur gegen einen anderen Vermögensbestand mit niedrigerer Liquiditätsprämie und vergleichbaren Haltekosten getauscht, wenn dessen Erträgnis q (Zins) positiv ist. Nach dieser Anschauung ist jede Bemühung, die (langfristigen nominalen) Anlagezinsen auf null oder gar in den negativen Bereich zu bringen, vergeblich, solange die Liquiditätsprämie des baren Geldes »keinem Gegengewicht in Form von Haltekosten ausgesetzt ist«, um die Worte von Keynes zu gebrauchen. Denn der Gesamtertrag des Bargeldes ist, genau genommen: $I - c$ (q ist null). Dieser markiert die Untergrenze für die Bereitschaft zur Aufgabe von Liquidität und somit für den Zinssatz von Geldanlagen. Wird dieser Zinssatz

Kapitaleinkommen können in einer Marktwirtschaft sehr wohl bei null liegen! Das ist die Botschaft von Gesell, Keynes und Allais.



innerhalb einer bestimmten Frist behalten. Danach werden sie entwertet.« Diese »Entwertung« (Haltekosten für Bargeld) darf aber nicht verwechselt werden mit Inflation, einer Änderung des Preisniveaus.

**»Unter den aktuellen strukturellen Bedingungen kann jede Bemühung, die darauf abzielt, den Zinssatz auf null zu bringen ... nur vollkommen vergeblich sein.«
(Maurice Allais, Économie et Intérêt, S. 558)**

nicht geboten, wird in Bargeld oder kurzfristigen Anlagen gespart. Man spricht hier von der Liquiditätsfalle. – Und damit wird es auch nichts mit dem »Ende des Kapitalismus«.

Die Haltekosten sind entscheidend

Erst wenn $c = I$ ist, können die Zinsen auf null sinken, sonst sind sie positiv. Und nur wenn $c > I$ können die Zinsen auch negativ werden.

Straubhaar bestätigt, dass unter den heute gegebenen Bedingungen Geld gehortet wird, wenn die Zinsen zu niedrig sind, und dass Geld »entwertet« werden muss, wenn Negativzinsen möglich sein sollen: »Wer für seine Ersparnisse einen negativen Zins erhält, wird ... das Geld zu Hause unter der Matratze horten. ... Um das Horten von Bargeld zu verhindern, muss der Staat ... die zeitliche Gültigkeit von Geldscheinen beschränken. Noten würden ihren nominalen Wert dann nur

Straubhaar sieht die Zusammenhänge also im Prinzip genau so wie die Freiwirtschaft: Niedrige Zinsen führen zu Geldhortung; soll die Gefahr der Geldhortung bei niedrigen Zinsen vermieden werden, braucht es Geldhaltekosten. Das ist bemerkenswert, denn die Liquiditätsfalle galt in der Wirtschaftswissenschaft bislang als eine eher »theoretische Möglichkeit«. Als Paul Krugman für seinen berühmten Artikel »It's Baaack« von 1998 recherchierte, fand er in »EconLit« 21 Veröffentlichungen seit 1975, in denen der Ausdruck Liquiditätsfalle vorkam. Die Sicht der Autoren: »... die Liquiditätsfalle kann nicht vorkommen, sie ist nicht vorgekommen und sie wird nicht wieder vorkommen.« (Man beachte Krugmans feine Ironie: »... ist *nicht* vorgekommen und sie wird *nicht wieder* vorkommen«.)

Und über das Konzept der Geldhaltekosten darf man ruhig sagen, dass es bis heute kaum ein Ökonom auch nur mit der Kneifzange anfassen würde. Auch Krugman macht einen großen Bogen darum und plädiert stattdessen wenig überzeugend für die »Erzeugung höherer Inflationserwartungen« als Mittel gegen die Liquiditätsfalle.

Mit Einlagezinsen von inzwischen -0,2% wagt sich die EZB nun aber tatsächlich an Geldhaltekosten heran, denn die Einlagen der Geschäftsbanken stellen Liquiditätshaltung dar, die nunmehr mit Kosten belastet wird. Damit geht sie gegen Hortung von Zentralbankgeld auf Zentralbankkonten vor. Die Deutsche Sparkbank überträgt dies schon mutig und folgerichtig auf das Publikumsgeld, indem sie Negativzinsen auf Tagesgeldkonten und Giroguthaben erhebt, sozusagen als »Parkgebühren« für Geld.

Aber die EZB hat die Sache offenbar nicht so konsequent zu Ende gedacht wie Straubhaar. Denn wenn sie auch die Bargeldhortung verhindern will, muss sie auch Haltekosten auf Bargeld einführen. Erst so durchbricht man die Untergrenze der Zinssätze.

Ein Zentralbanker geht voran

Zumindest in diese Richtung denkt bei der EZB Benoît Cœuré, Mitglied des Zentralbankdirektoriums. In seiner Rede beim jährlichen Dinner der Geldmarkt-Kontaktgruppe der EZB am 9. September 2014 sprach er tatsächlich über Silvio Gesell, den bekanntesten Vertreter von Geldhaltekosten.

Cœuré hat dabei durchaus Vorläufer in den akademischen Reihen. In der Weltwirtschaftskrise der 30er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts war es kein Geringerer als Irving Fisher, der sich für Gesell-Geld einsetzte, nicht nur in »Stamp Scrip«, einem Handbuch zur kommunalen Einführung von »Klebe-

⁴ J. M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 6. Auflage (Orig. 1936), Berlin 1983, S. 189

kengeld«. Auch in »Booms and Depressions« bezeichnete er Gesells Vorschlag als »genialen Plan« (»ingenious scheme«).⁵

Ein Verfechter der Geldhaltekosten war auch der Wirtschafts-Nobelpreisträger Maurice Allais.⁶ Und es ist genau die Theorie, aus der er diesen Vorschlag ableitete, für die er den Nobelpreis bekam!

Die »Allgemeine Theorie« von Keynes ist eine umfängliche Problematisierung eines Geldes ohne Haltekosten. So resümiert Keynes: »Die einzige gründliche Heilung für die Vertrauenskrisen, die das wirtschaftliche Leben der modernen Welt heimsuchen, wäre, dem einzelnen keine Wahl zwischen dem Verbrauch seines Einkommens und dem Auftrag für die Erzeugung des spezifischen Kapitalwertes zu lassen, der ... als die verheißungsvollste ihm erreichbare Investition erscheint. ... dies würde die verhängnisvollen, sich häufenden und weitreichenden Rückstöße dessen vermeiden, dass es ihm freisteht, wenn er von Zweifeln gepackt wird, sein Einkommen weder für die eine noch die andere auszugeben.«⁷ Hier ist

»... ein wenig Überlegung wird zeigen, was für gewaltige gesellschaftliche Änderungen sich aus einem allmählichen Verschwinden eines Verdienstsatzes auf angehäuften Reichtum ergeben würden.«

(John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, S. 185)

den Zinssatz. Ein Beispiel: Der Ertrag aus Bodendpacht als praktisch reine Rente sei 100.000 Euro, der Zinssatz sei 5%. Daraus ergibt sich ein Preis für dieses Stück Land von 2 Millionen Euro (100.000 Euro geteilt durch 0,05 = 2 Millionen Euro). Geht der Zins gegen null, geht der Bodenpreis gegen unendlich. Da ein unendlich hoher Preis aber nicht möglich ist, weil es nicht unendlich viel Geldkapital gibt, um ihn zu kaufen, passt sich der Geld-

Gesell und Allais haben konsequenterweise die Verstaatlichung des Bodens vorgeschlagen. Und sie hatten mit Hermann Heinrich Gossen, John Stuart Mill und Léon Walras prominente Vorläufer in den Reihen der ökonomischen »Klassiker«.

Der »sanfte Tod des Rentiers«

Keynes träumte vom »sanften Tod des Rentiers« dadurch, dass die Kapitaleinkommen auf null sinken (genauer: die »Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals«). Das war auch das Ziel von Gesell und Allais. Das ist eine Situation, in der der effektive Zinssatz und die Kapitaleinkommen null sind. Alle Einkommen sind dann Arbeitseinkommen. Da ist es merkwürdig, dass gegenwärtig fast alle Kommentatoren die Kleinsparer, die auch *Kleinverdiener* sind, als die Verlierer niedriger Zinsen darstellen.

Für den Arbeitsertrag der Arbeitenden insgesamt kann man grob folgende Formel aufstellen: Arbeitsertrag = Arbeitsprodukt - (Kapital x Zinssatz).

Das Arbeitsprodukt ist alles, was durch Arbeit mit Hilfe der Produktionsmittel, genannt Kapital, erzeugt wird. Kapital x Zinssatz sind die Kapitalerträge. Und diese sind null, wenn der Zinssatz null ist. Bei einem Zinssatz von null wird also der Arbeitsertrag durch keinerlei Kapitaleinkommen geschmälert – Kapitaleinkommen im Sinne der anfangs schon erwähnten »reinen Zinsen« (Allais), also Einkommen, die mit keinerlei Arbeit oder Risiko verbunden sind. Und diese können in einer Marktwirtschaft sehr wohl null sein! Das ist die Botschaft von Gesell, Keynes und Allais. Solche Einkommen, die mit keinerlei Leistung und Risiko verbunden sind, können nur gegen null tendieren – wenn dem nicht bestimmte strukturelle Bedingungen im Wege stehen, die wir oben betrachtet haben. Die-



Die Kleinsparer = Kleinverdiener werden es verschmerzen können, wenn sie keine Zinsen mehr auf ihr Ersparnis bekommen, denn ihr Plus beim Lohn beträgt ein Vielfaches, wenn die Zinseinkommen verschwinden.

das Problem der Geldhortung mit ihren Folgen in aller Deutlichkeit angesprochen. Warum sie stattfindet, hat Keynes auch erklärt (s. o.). Leider hat er keine Konsequenzen aus seinen Erkenntnissen gezogen, obwohl er Gesells Vorschlag der Geldnutzungsgebühr wiederholt gewürdigt hat.

Zinssenkungen und das Bodenproblem

Ein zweites Problem im Zusammenhang mit Zinssenkungen ergibt sich aus dem Umstand, dass die Bodenrente praktisch immer positiv und Boden ein handelbares Gut ist. Daraus folgt, dass bei einem Kapitalmarkt(!)-Zins von null der Bodenpreis unendlich wäre. Der Preis von Kapitalgütern ist ihre Rente geteilt durch

zins dem Bodenpreis an, nach der o. a. Formel. Er sinkt nur auf ein Niveau, das dem tatsächlichen Bodenpreis entspricht. Auch am privaten Bodeneigentum stößt sich also ein mögliches Ziel eines niedrigen oder gar Nullzinssniveaus auf dem Kapitalmarkt. – Und mit dem »Ende des Kapitalismus« wird es wieder nichts.

5 »To stimulate buying, an ingenious scheme ... has been suggested ...«, *Irving Fisher*, Booms and Depressions, New York 1932, S. 226 f, »The Stamped Money Plan«, http://fraser.stlouisfed.org/docs/publications/books/booms_fisher.pdf

6 *Maurice Allais*, Économie et Intérêt, a.a.O., s. *Walter Hanschitz-Jandl*, Nobelpreis für Geld- und Bodenreformer Maurice Allais, Humane Wirtschaft 2/2011, <http://www.humane-wirtschaft.de/nobelpreis-fuer-geld-und-bodenreformer-maurice-allais-walter-hanschitz-jandl/>

7 *J. M. Keynes*, Allgemeine Theorie ..., a.a.O., S. 135

se stellen Privilegien auf leistungslose Einkommen dar und widersprechen somit dem Gleichheitsgrundsatz, wie er im deutschen Grundgesetz und in der Deklaration der Menschenrechte verankert ist. Die Kleinsparer werden es verschmerzen können, wenn sie keine Zinsen mehr auf ihr Ersparnis bekommen, denn ihr Plus beim Lohn beträgt ein Vielfaches, wenn die Zinseinkommen verschwinden.

Kapitalismus und Wachstum

Es ist bemerkenswert, dass der »sanfte Tod des Rentiers« bei Keynes mit Nullwachstum einhergeht – eine Vorstellung, die Thomas

Bei Guthabenzinsen um null ...

- geht das Wachstum der Geldvermögen zurück und damit auch das der Überschuldung,
- verringern sich die Diskrepanzen zwischen Arbeit und Besitz, Arm und Reich und damit auch die sozialen Spannungen,
- werden alle Schulden trag- und rückzahlbar, was nicht nur für die Dritte Welt von Bedeutung ist,
- geht der Zwang zum Wirtschaftswachstum zurück, mit dem allein man heute der Verarmung der Arbeitsleistenden entgegenwirken kann,
- wird die Entwicklung der Wirtschaft immer mehr von den Interessen der nachfragenden und leistenden Menschen bestimmt, und immer weniger von den (Zins-)Interessen des Kapitals,
- wird – und das ist ganz entscheidend – ein Wirtschaften ohne Wachstum überhaupt erst möglich.

(vgl. Helmut Creutz und Margrit Kennedy)

Straubhaar wiederum nicht sympathisch ist. Zieht man von seinen Ausführungen einmal seine persönliche politische Meinung ab, zeigt sich eine bemerkenswerte Übereinstimmung zwischen seinen Anschauungen und denen freiwirtschaftlicher Autoren.

Straubhaar: »Der positive Zinssatz spiegelt das Tempo wider, mit dem in immer leistungsfähigere »Produktionsumwege« investiert wird, sodass die Menschen produktiver werden und die Wirtschaft wächst.« Positiver Zinssatz und Wachstum gehören also zusammen. Und weiter: »Nach gängiger Erkenntnis sollte der Zinssatz über der Wachstumsrate liegen. Anders formuliert bedeutet ein negativer Zinssatz, dass die Wirtschaft nicht wachsen, sondern schrumpfen wird. Er reflektiert die Erwartung, dass den Menschen die Ideen ausgehen, um mit weniger Aufwand mehr Ertrag zu erwirtschaften.« Ent-

sprechend gehören negativer Zinssatz und schrumpfende Wirtschaft zusammen. Straubhaar formuliert also bemerkenswerterweise, dass im Fall einer schrumpfenden Wirtschaft sich negative Zinssätze ergeben müssen. Und das heißt im Umkehrschluss: In einer Wirtschaft, in der ein Nullzins oder gar negative Zinsen strukturell unmöglich sind, darf es kein Nullwachstum oder gar eine Schrumpfung geben. Das ist ein Punkt, mit dem sich Wachstumskritiker beschäftigen sollten.

Schlussfolgerung

Die Zentralbanken haben heute keine wirklichen Möglichkeiten, die für die Wirtschaft entscheidenden Kapitalmarktzinsen auf ein sehr niedriges Niveau zu drücken, oder gar auf null oder darunter. Das verhindert zum einen ein »Geld, das ohne nennenswerte Kosten gehalten werden kann« (Allais), und zum anderen das private Eigentum am Boden.

Um die Untergrenze der Zinssätze zu durchbrechen, bedarf es grundlegender Reformen, nämlich einer Geldhaltegebühr zur Verhinderung der Geldhortung (Liquiditätsfalle) und der Verstaatlichung des Bodens oder der kollektiven Aneignung der Bodenrenten. Unter diesen Bedingungen können die Zinsen tatsächlich auf null sinken oder sogar darunter – als Folge sinkender Wachstumsraten oder einer Schrumpfung der Wirtschaft, die dann keine Krise bedeutet! Das kann sich als notwendig erweisen, wenn wir die Lebensgrundlagen der Menschen in den ärmeren Ländern und nachfolgender Generationen nicht beeinträchtigen wollen. Hier könnte man dann tatsächlich vom Ende des Kapitalismus sprechen.

Es sind nicht die »kleinen Leute«, die Kleinsparer und Kleinverdiener, die sich Sorgen über sinkende Zinsen machen müssen; 80 Prozent der Bevölkerung würden davon finanziell profitieren. Aber *alle* haben Grund zur Sorge, solange wir ein Geld ohne Haltekosten haben und Boden ein Spekulationsobjekt ist, weil es dann bei niedrigen Zinsen zur »Liquiditätsfalle« mit der Gefahr einer Deflation und zu spekulativen Blasen kommt, die zwangsläufig irgendwann platzen. Wenn wir das alles nicht zum wiederholten Mal mitmachen wollen, müssen wir die Reformen angehen, die Gesell und Allais vorgeschlagen haben. ■



Walter Hanschitz-Jandl, Jg. 1956, im Umweltschutz aktiv, befasst sich seit über 30 Jahren mit Fragen der Geld- und Bodenreform.

Ferdinand Wenzlaff/Christian Kimmich/Oliver Richters

Theoretische Zugänge eines Wachstumszwangs in der Geldwirtschaft

ZÖSS
ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE
UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN

Dieses aktuelle Diskussionspapier von Ferdinand Wenzlaff, Christian Kimmich und Oliver Richters adressiert die Frage der Vereinbarkeit einer positiven Zinsrate mit einer nicht mehr wachsenden Wirtschaft.

Die Autoren bereiten Forschungsfelder zur Goldenen Regel und zum Zins-Wachstums-Differential als Ansätze einer Theorie der Wachstumsnotwendigkeit in der heutigen Geldwirtschaft auf. Sie zeigen auf, dass der Wachstumszwang eine Folge einkommensabhängigen Sparens in Kombination mit einem über den Vermögensmarkt zu bestimmenden Zinssatz ist. Und sie skizzieren ein Zentralbankdilemma aus monetär-keynesianischer Perspektive, welches darin besteht, dass die Notenbank aus beschäftigungspolitischen Überlegungen heraus den Diskontsatz senken müsste, um Wachstum zu stimulieren – ihn aber zur Stabilisierung der Währung und Vermeidung von Blasen mittelfristig anheben muss und damit wirtschaftliche Stagnation induziert. Das Dilemma drückt die paradoxe Situation entwickelter Geldwirtschaften aus, eine inhärente Tendenz zur Stagnation aufzuweisen und gleichzeitig Wachstum zu benötigen, um die negativen Auswirkungen der Stagnation auf Beschäftigung und Verteilung zu lindern.

Aus Sicht der INWO kann eine Umlaufsicherung des Geldes in Form ausreichend hoher Kosten auf Liquidität einen Ausweg aus diesem Dilemma darstellen.

Verantwortung der Wirtschaftsjournalisten

Die Berichterstattung über »negative Zinsen« ist derzeit konfus, oft unvollständig oder gar fehlerhaft und in den meisten Fällen negativ. Viele Wirtschaftsjournalisten scheinen den Sinn der aktuellen Maßnahmen und das Potential, das in dieser Entwicklung steckt, noch nicht zu erfassen.

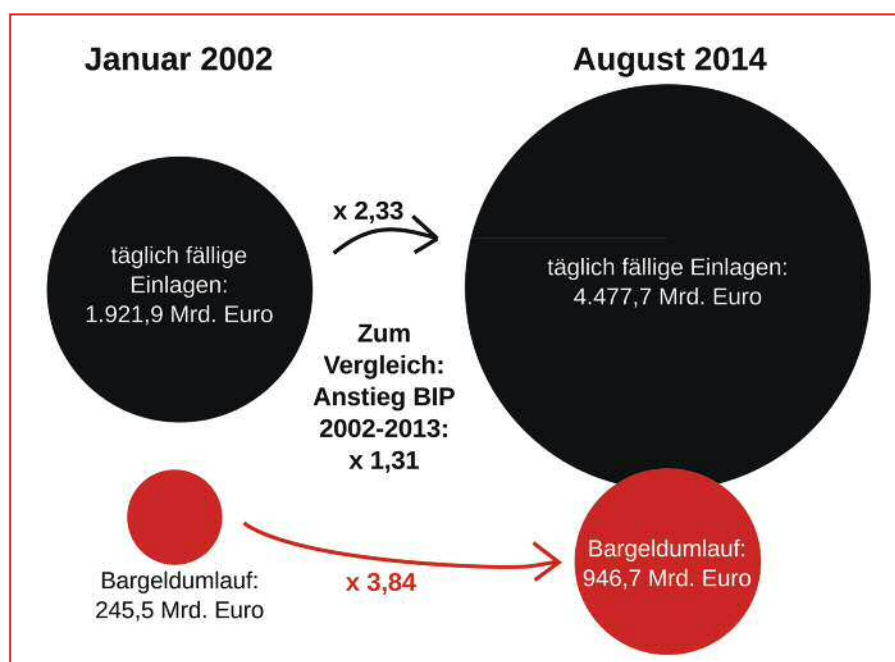
Derzeit gibt es zwei Bereiche negativer Zinsen. Zum einen fällt für die Geschäftsbanken ein negativer Einlagenzins auf ihre täglich verfügbaren Zentralbankgeldbestände bei der Notenbank an. Zum anderen geben einzelne Banken (bekannt wurde die Deutsche Skatbank) daraus resultierende Kosten an ihre Kunden weiter. Diese »negativen Zinsen« bekommen derzeit erst einige Unternehmen, Fondsgesellschaften und Privatpersonen berechnet. Bei diesen von den Geschäftsbanken erhobenen Gebühren, beziehungsweise negativen Zinsen sind drei Aspekte relevant:

1. Sie beziehen sich ausschließlich auf täglich fällige Einlagen. Längerfristig angelegtes Geld ist davon nicht betroffen.
2. Die Höhe von -0,25 % ist so gering, dass sie nur bei wirklich großen Geldbeständen deutlich spürbar wird.
3. Die negativen Zinsen sind weder eine lukrative Einnahmequelle für die Geschäftsbanken noch für die Notenbank. Sie sind ein dringend notwendiger Mechanismus, um angehäuften Girobeständen, die in vielen Fällen mehrere 100 Millionen Euro betragen, in langfristige Ausleihungen oder Investitionen umzuleiten.

Gerechtere Verteilung statt Wachstum

Negative Zinsen auf täglich fällige Einlagen (begleitet von Gebühren auf Bargeld, um ein Ausweichen auf Tresorhaltung zu vermeiden) machen die derzeit ins Uferlose anwachsende Liquidität unattraktiv, indem sie sie mit künstlichen Durchhaltekosten belasten. Der Effekt ist von der Höhe der Negativzinsen oder Haltegebühren abhängig. Die Notenbank experimentiert mit diesem Mittel derzeit in homöopathischen Dosen.

Die Summe der zu erreichenden Gelder im Euroraum liegt mittlerweile bei über 4,7 Billionen Euro täglich fälliger Einlagen. Schon



Anstiege, nicht mit der volkswirtschaftlichen Leistung korrespondieren: Täglich fällige Einlagen von Nichtbanken(Nicht-MFIs) und Bargeld im Euro-Währungsgebiet – Vergleich Januar 2002 mit August 2014. (Quellen: Deutsche Bundesbank Monatsberichte Oktober 2002 und Oktober 2014 und Eurostat)

ein Bruchteil dieser Summe würde alle derzeit diskutierten Konjunkturprogramme, wie das europäische über 300 Milliarden Euro oder das deutsche über 10 Milliarden Euro, weit übertreffen.

Jean-Claude Juncker stellte sein europäisches Konjunkturprogramm, das er noch vor Weihnachten auf den Weg bringen will, mit folgenden Worten vor: »Volkswirtschaften, in denen nicht investiert wird, können nicht wachsen. Volkswirtschaften, die nicht wachsen, können keine Beschäftigung sicherstellen.«¹ Diese wachstumsfixierte Denkschablone ist nicht zukunftsfähig. Es wird zukünftig nicht mehr um immer mehr Wirtschaftswachstum gehen, sondern um eine bessere

und gerechtere Verteilung der Liquidität zur Erfüllung der grundlegenden Bedürfnisse.

Umweltschutz wird leichter durchsetzbar

Umweltverbrauch durch Ressourcen freisendes Wachstum muss und kann, wenn mit den Durchhaltekosten auch die Investitionen wieder anziehen, durch geeignete ökologische Rahmenbedingungen gebändigt werden. Diese sind wesentlich leichter politisch durchzusetzen, wenn es keinen Mangel an Kapital mehr gibt. Wenn das Geldkapital ausreichend drängt, und nicht wie heute mit Verweigerung oder Abzug droht, hat die Politik genügend Spielraum, Grenzen zu setzen. Unerwünschte Rüstungsinvestitionen, umweltschädliche Groß-Energieprojekte oder die Spekulation mit Boden müssen durch gesetzliche Vorgaben verhindert werden. Solange sich jedoch das Kapital wie »ein scheues Reh« aus dem

¹ <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-10/eu-kommission-jean-claude-juncker-konjunkturprogramm>

Staub machen kann, bleiben Politiker und Parlamente erpressbar.

Geldmengenausweitung wird verzichtbar

Auch die Pläne der EZB zur massiven Ausweitung ihrer Bilanz, u.a. durch den Aufkauf von Wertpapieren, beweisen die Notwendigkeit einer Geldhaltegebühr. Denn über die Aktivierung auch nur eines Teils der 4,7 Billionen Euro zur Verstärkung der Konjunktur hinaus braucht es sicherlich keine zusätzliche Geldschöpfung. Eine Bilanzausweitung der EZB ist unnötig. Das Beispiel Japan zeigt, dass immer neues Geld nicht hilft, solange der Umlauf nicht angekurbelt und immer mehr Geld gehortet wird.

Es ist völlig unbegreiflich, dass so viele seriöse Journalisten diese Aspekte entweder komplett ignorieren oder in ihrer Berichterstattung durcheinanderwirbeln. Ein Beispiel von vielen bietet *Die Welt* am 29.10.2014.² Schon Titelzeile und Einleitung erzeugen in mehrfacher Hinsicht Verwirrung: »Sparer müssen erstmals Strafzinsen zahlen – Eigentlich wollte EZB-Chef Draghi die Banken zur Vergabe von mehr Krediten zwingen. Doch nun trifft sein Zinsknüppel die deutschen Sparer. Erstmals erhebt eine Bank einen negativen Zins auf Guthaben.«

Dazu ist Folgendes festzustellen:

– Der »Zinsknüppel« trifft nicht die Sparer, also jene, die ihre Ersparnisse auf Zeit ande-



Wirtschaftsjournalisten tragen derzeit eine große Verantwortung. Lernbereitschaft und Weitblick sind gefragt.

zu flachen Zinsstruktur. Die von uns vorgeschlagenen Liquiditätskosten schaffen die notwendige Zinsdifferenz. Sie sind ein marktwirtschaftlicher Anreiz, überschüssige Liquidität in langfristige Ausleihungen umzuwandeln.

– Will man steigende Zinssätze für langfristige Anlagen vermeiden, kommt man nicht drum herum, den kurzfristigen Bereich der

Geschäftskunden – für ein gefährliches Signal und nicht vermittelbar«, heißt es daher beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV). Mit dieser Einstellung beweist der DSGV jedoch eine unreflektierte Haltung. Wie viele Einzelkunden mit Girokonten im (mehrstelligen) Millionenbereich gibt es bei den Sparkassen überhaupt? Und warum stellt man den verkraftbaren Kosten für spekulierende spekulierende Investmentfonds, Konzerne und Multimillionäre nicht die sinkenden Zinslasten für die gewöhnlichen Kunden gegenüber? Die Einführung von Durchhaltekosten wäre überzeugend darzustellen. Schlauer verhält sich da die Deutsche Bank. Sie plane »derzeit nicht, im breiten Kundengeschäft Gebühren für Einlagen einzuführen«. Kunden mit hohem Einlagebedarf biete man Alternativen an, zum Beispiel Festgeld, lässt sie über SZ-online verlauten.⁵ Damit bringt man die Problematik und die Lösung auf den Punkt.

Ein Misserfolg der an sich positiv zu bewertenden Entwicklung wäre also in erster Linie die Folge einer unsachgemäßen und negativen Berichterstattung. Der vor allem von Verbandsvertretern geäußerte Imageverlust ist insbesondere dann zu befürchten, wenn selbst Fachjournalisten die Notwendigkeit dieser Maßnahmen nicht erfassen und falsche Schlüsse ziehen. Bei der Geld- und Zinspolitik geht es in erster Linie um die Höhe von Zinssätzen und die Laufzeit von Krediten und Ausleihungen. Es ist daher völlig inakzeptabel, wenn in der Berichterstattung nicht zwischen unterschiedlichen Laufzeiten und Anlageformen differenziert wird.

Die »Fristentransformation« ist an ihre Grenzen gestoßen und wird für viele Banken zum Existenzrisiko.

ren überlassen. Die beschriebenen »negativen Zinsen« betreffen ausschließlich täglich fällige Einlagen, und damit eben genau das Geld, das man nicht sparen, sondern liquide halten will.

– Europaweit haben die Giro- und Tagesgeldkonten ein Volumen von 4,7 Billionen Euro erreicht. Parallel dazu ist die Summe der langfristigen Einlagen in den letzten Jahren rückläufig. Die Umwandlung kurzfristiger Einlagen in langfristige Ausleihungen erzeugt bei den Banken immer höhere Risiken und immer größere Kosten. Diese »Fristentransformation« ist an ihre Grenzen gestoßen und wird für viele Banken zum Existenzrisiko.

– Nicht die Banken sind daran schuld, wenn ihnen immer weniger Gelder zur Kreditvergabe in Form langfristiger Einlagen zur Verfügung stehen. Das Problem entsteht aus der

Zinsstruktur in den negativen Bereich zu drücken. Lesen Sie dazu das Papier der INWO Deutschland, in dem wir für die Erforschung von Durchhaltekosten plädieren.³ Oder beachten Sie die Überlegungen von Marvin Goodfriend, Willem Buiter, Gregory Mankiw und Benoît Cœuré (Rede vom 9.9.2014⁴). Auch Bundesbankvorstand Dombret hat in mehreren Reden die problematische Zunahme von Liquiditätsrisiken und die daraus resultierenden Refinanzierungsrisiken der Banken thematisiert.

Negativzinsen sind vermittelbar

Durch die völlig verzerrte Berichterstattung sind die so genannten »Strafzinsen« für Sparkassen und Banken derzeit schwer vermittelbar. »Wir halten Negativzinsen auf Einlagenkonten – ganz gleich ob für Privat- oder

2 <http://www.welt.de/finanzen/article133792751/Sparer-muessen-erstmalis-Strafzinsen-zahlen.html>

3 <http://www.inwo.de/ziele/stabile-waehrung-dank-durchhaltekosten/>

4 <http://www.bis.org/review/r140911a.htm>

5 <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/commerzbank-strafzinsen-aus-frankfurt-1.2230005-2>

Klaus Willemsen

Bericht von der 4. Internationalen Degrowth-Konferenz

Nach 2008 in Paris, 2010 in Barcelona und 2012 in Venedig und Montreal fand die 4. Internationale Degrowth-Konferenz vom 2.-6. September 2014 in Leipzig statt. Über 3.000 Beteiligte suchten nach gangbaren Wegen zu einer Gesellschaft jenseits des Wachstumsparadigmas.



Wie sind offensichtlich mehr, als wir denken!«, kommentierte Daniel Constein, Sprecher des Organisationskreises, bei der Eröffnung die überwältigende Teilnehmerzahl, die seit der ersten Konferenz 2008 quasi exponentiell gewachsen ist. Tatsächlich war die diesjährige Degrowth eine Großveranstaltung und somit eine enorme logistische Herausforderung, die von der etwa 70-köpfigen Organisationsgruppe hervorragend geplant worden ist. Mit der bahnhofsnahen neuen und bestens ausgestatteten Universität

die Garderobe, die technische Unterstützung in den Konferenzräumen, die (getrennte) Müllentsorgung, bis hin zur Übersetzung ins Englische, Deutsche und Spanische. Ein Spanier bezeichnete die Organisation der Konferenz auf dem Abschlusspodium als »fast zu perfekt«.

Ganze 89 Seiten umfasste das Programmheft, in dem Veranstaltungen ganz unterschiedlicher Formate zu finden waren: allgemeine Veranstaltungen wie die Eröffnungsvorträge, Podien oder Open Spaces, wissenschaftliche Veranstaltungen wie wissenschaftliche

zulesen, die die Teilnehmer vor Ort die Qualität der Wahl spüren oder aber sich intuitiv treiben ließen.

Buen Vivir und Post-Extraktivismus

Die Eröffnungsvorträge hielten die kanadische Journalistin und Globalisierungskritikerin Naomi Klein (per Live-Video-Zuschaltung) und der »Vater der ecuadorianischen Verfassung« Alberto Acosta. Klein, bekannt durch ihre Bücher »No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht« und »Die Schock-Strategie: Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus«, fokussierte sich auf die Klimaproblematik, den Schwerpunkt ihres aktuellen, noch nicht auf Deutsch erhältlichen Buches »This Changes Everything: Capitalism vs. The Climate«. Die neoliberale Politik habe die internationalen Bemühungen um Klimaschutz sabotiert. In dem Vierteljahrhundert, das seit Beginn der öffentlichen Debatte um die Klimaproblematik vergangen ist, seien die CO₂-Emissionen um 61% angestiegen. Die immer stärker spürbaren Folgen des Klimawandels könnten die Menschen jetzt wachrütteln und Auslöser für einen tiefgreifenden Wirtschaftswandel sein.

Alberto Acosta rief dazu auf, dass sich Menschen im globalen Norden und Süden verbünden sollten, denn ihre unterschiedlichen Perspektiven seien nur die zwei Seiten derselben Medaille. Die Kommerzialisierung der Natur habe im Zuge der »Green Economy« oder des »grünen Wachstums« noch enorm zugenommen, was die Welt nicht nur an ihre ökologischen, sondern auch an ihre sozialen Grenzen gebracht habe. Die Bestrebungen des Südens, dem westlichen Wachstumsmodell nachzueifern, hätten vielerorts zu mehr Armut, zur Zerstörung von Gemeinschaften, zur Zunahme von Ungleichheiten und zu verstärktem Extraktivismus geführt. Das indigene Konzept des »Buen Vivir«, das in der neuen ecuadorianischen Verfassung verankert wurde, sowie die Debatte um den »Post-Extraktivismus«, die Beendigung der exportorientierten Ausbeutung des Bodens und seiner Ressourcen, die in Südamerika intensiv geführt wird, waren auf der Konferenz immer wieder präsent.



Leipzig hatte sie den Veranstaltungsort gut gewählt. Und die mobile »Volkxküche« von »Le Sabot« schaffte es, 2.000 Teilnehmer im Innenhof mit leckerem (veganem) biologischen Essen zu versorgen. Die übrigen Besucher konnten entweder die Mensa nutzen oder einen Abstecher in die vielen Restaurants der schönen Leipziger Innenstadt machen.

Hunderte von freiwilligen Helfern sorgten für den reibungslosen Ablauf, vom Empfang, über

Der Innenhof der Universität, in dem die Mitmachküche von »Le Sabot« für das leibliche Wohl von 2.000 Menschen sorgte.

Vorträge, Kurzpräsentationen oder Debatten, praxis- und bewegungsorientierte Veranstaltungen wie praktische Workshops, Filme oder Exkursionen und künstlerische Veranstaltungen wie Performances, Ausstellungen und Konzerte. Im Online-Programm sind auch jetzt noch die 551 Veranstaltungseinträge nach-

Interesse an Wirtschaftswissenschaft

Trotz der Vielfältigkeit des Programms schien die ganze Konferenz doch sehr Ökonomielastig. Erstaunlich viele (angehende) Wirtschaftswissenschaftler tummelten sich unter den 3.000 Referenten und Teilnehmern, wenn auch keine berühmten Vertreter der Zunft in Leipzig waren. Und auch bei den Nichtökonomern war ein starkes Interesse an Geld, Finanzen und ökonomischer Wissenschaft spürbar. Das lässt immerhin darauf hoffen, dass eine junge Generation alternativer Ökonomen in der Wirtschaftswissenschaft etwas verändern wird und das gesellschaftliche Interesse für diese Themen weiter zunimmt. Die Reihe wissenschaftlicher Debatten unter dem Titel »Macroeconomics of degrowth« war jedenfalls trotz des großen Hörsaals so überlaufen, dass wir nicht mehr hineinpassten.

Geschichtvergessenheit oder Ungeduld?

Alwine und ich besuchten stattdessen eine von Prof. Dr. Hans Diefenbacher organisierte, leider schlecht besuchte Veranstaltung mit Referaten zum »Erbe von Richard Douthwaite«, einem Degrowther der ersten Stunde, der in Irland und weltweit Projekte regionaler Wirtschaft mit alternativem Geld angestoßen hat. Später trafen wir beim Essen im Innenhof eine Frau, die seit den 1970er-Jahren in Bürgerbewegungen aktiv war. Sie kritisierte zum einen die Dominanz der (bezahlten) Wissenschaftler auf der Degrowth, und zum anderen freute sie sich zwar über die vielen jungen Leute, nahm aber doch bei ihnen eine »Geschichtvergessenheit« wahr. Würdigen die jungen Degrowther heute nicht das, was andere an unermüdlicher Vorarbeit in Bürgerbewegungen und vielen kleinen Projekten geleistet haben? Ich denke doch. Aber vielleicht ist heute, nach dem neoliberalen Rückschlag, der die Anfänge der Konsum- und wachstumskritischen Bewegung der 1960er- und 1970er Jahren konterkariert hat, die Ungeduld größer geworden? Jetzt, wo nach dem Ende des real existierenden Sozialismus auch der Kapitalismus von einer Krise in die nächste stürzt und die Menschen spüren, dass es andere Konzepte braucht, um diese Krisen zu überwinden und endlich ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

Antworten auf die Krise?

In der Podiumsdiskussion »Antworten auf die Eurokrise: Strategien für die Degrowth-Bewegung« schilderte der Grieche Giorgos Velegrakis die Krise in aller Deutlichkeit. In Griechenland werde gerade nachgeholt, was sich anderswo schon früher vollzogen habe: Das Land und seine Ressourcen würden von Kapitalgesellschaften privatisiert. In Griechenland habe es traditionell keinen Großgrundbesitz gegeben, nun jedoch finde eine große Trans-



Vor allem junge Menschen füllten während der Degrowth-Konferenz die Ränge in den Hörsälen.

formation in Richtung Privatisierung und Zentralisierung statt. Dies betrifft sowohl Grund und Boden (als Beispiel nannte er die Ausbeutung von Goldminen durch ein kanadisches Unternehmen) als auch die Energieversorgung (zum Beispiel durch Privatisierung der Stromnetze). Große Konzerne und Investmentfonds eignen sich hier Monopolrenten an.

Nicola Bullard, die 15 Jahre in Thailand gearbeitet hat, pflichtete bei, dass dieses Muster zuvor in Dutzenden anderer Länder praktiziert worden sei, so auch in Thailand. Und auch in Osteuropa habe es eine »Transformation« gegeben, mit dem gleichen Effekt der Privatisierung. Die Krise sei also nicht erst seit 2008 im Gange. Ihr fehle eine klare Analyse der Macht. In Thailand seien damals die Täter klar benannt worden. Der IWF habe eine entscheidende Rolle gespielt. Es müsse mehr getan werden, um diese Institutionen zur Verantwortung zu ziehen.

Steffen Lange plädierte für mehr politische Integration und weniger ökonomische Integration, mehr Kapitalkontrolle und weniger Kapitalbewegungen. Um das zu realisieren, bräuhete es eine große sozialökologische Bewegung. Velegrakis stimmte zwar zu, dass man über Macht, Institutionen und Märkte nachdenken müsse. Es sei aber am wichtigsten, die Wie-Frage zu stellen. Wie kann eine andere Wirtschaft und Gesellschaft erreicht werden? Diese Frage habe die Degrowth-Bewegung noch nicht beantwortet.

Situation der Degrowth-Bewegungen in Europa

Die Frage des »Wie?« stand beim Workshop von Angelika Zahrt und Irmi Seidl zwar nicht im Vordergrund. Dennoch war diese Veranstaltung unter dem Motto »Befreiung der europäischen Staaten vom Wachstumsimperativ« möglicherweise eine sehr wichtige, da sie sehr politisch war. Die Herausgeberinnen

des Buches »Postwachstumsgesellschaft« hatten sehr versierte Vertreter der Degrowth-Bewegungen verschiedener europäischer Staaten eingeladen, sich über die Situation in ihren Ländern auszutauschen und sich zu vernetzen. Die Berichte waren sehr spannend.

Damien Damailly bedauerte, dass es in Frankreich nahezu unmöglich sei, Wachstum zu kritisieren, da sich das Land in einer schweren ökonomischen Krise am Rande der Rezession befinde und die Arbeitslosigkeit sehr hoch sei. Die Gewerkschaften seien nicht bereit, sich mit der Perspektive von Nullwachstum oder gar Schrumpfung zu konfrontieren. Die Degrowth-Szene (Décroissance) bestehe aus radikalen Außenseitern. Es fehle ein Austausch mit dem Mainstream, insbesondere auch ein Austausch mit der Wirtschaftswissenschaft. Trotz des großen Hypes um Thomas Pikettys Buch gebe es in Frankreich noch keine wissenschaftliche Debatte über makroökonomische Ansätze zur Unterstützung von Degrowth. Auch Andrew Permine aus Großbritannien sah sein Land in einer schweren Krise: Angesichts des Anfang September noch bevorstehenden Referendums in Schottland drohte das Land auseinanderzubrechen. Außerdem könnten die Konservativen 2016 ein Referendum über das Ausscheiden aus der Europäischen Union durchsetzen. Es gebe auf der Insel eine Menge persönlicher Unzufriedenheit, die sich nicht nur gegen die EU, sondern auch gegen Grüne, gegen Umweltschützer und gegen vieles mehr richte. In London seien die Mieten so gestiegen, dass die junge Generation (die einzige, die es dort aushalten könnte!) sich nicht mehr leisten könne, dort zu leben. Doch während man selber in der Krise stecke, blicke man doch herab auf einen »zum Stillstand gekommenen« Euroraum, der in die

Rezession abzurutschen drohe. Die Konservativen seien auch ohne Wachstum glücklich, solange nur das Kapital profitabel sei. Labour wolle auf Wachstum jedoch keineswegs verzichten. Und die Grünen hätten nur noch einen einzigen Parlamentsabgeordneten. Tim Jackson's Buch »Prosperity without Growth« (auf Deutsch: »Wohlstand ohne Wachstum«) sei in anderen Ländern bekannter als zuhause.

Irmi Seidl aus der Schweiz konnte verkünden: »Wir haben Wachstum!« – Doch in der Schweiz breite sich immer mehr Skepsis gegenüber weiterem Wachstum aus, denn man leide in dem engen, kleinen Land immer mehr unter den Konsequenzen, insbesondere der Zersiedelung der Landschaft und der zunehmenden Bevölkerungsdichte, bedingt durch 1% Zuwanderung pro Jahr. Dennoch gebe es kei-

In Deutschland werde durchaus eine breite Diskussion über Wachstum geführt, meinte Angelika Zahrt, bis 2007 Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Diese fokussiere sich jedoch auf die Wachstums- bzw. Nachhaltigkeitsindikatoren. 2002 wurde eine Nationale Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen, die bereits ein Indikatorensystem beinhaltet. Zahrt fragte sich, ob es die Mühe wert sei, die Energie weiterhin darauf zu verwenden. Die Grünen in Deutschland hätten sich klar für »Grünes Wachstum« ausgesprochen. Weil bekannt sei, dass Effizienz allein wegen der Rebound-Effekte nicht ausreiche, würden hierzulande inzwischen aber auch Diskussionen über Suffizienz und Lebensstil-Änderungen geführt. Friedrich Hinterberger aus Österreich konnte am positivsten berichten. Im Rahmen der

Zahrt und Seidl fragten, wer auf europäischer Ebene das Postwachstum vorantreiben könnte. Von der Europäischen Kommission sei dies mit Sicherheit nicht zu erwarten.

Meinungsverschiedenheiten

Ein Publikumsagnet war natürlich der Liebbling der deutschen Postwachstums-Bewegung, apl. Prof. Dr. Niko Paech aus Oldenburg. Unter anderem trugen er und Clive Spash, Professor für Public Policy & Governance an der Wirtschaftsuniversität Wien, am Freitagabend vor vollen Rängen des Hörsaals 1 ihre »Szenarien für eine Postwachstums-Wirtschaft« vor. Dabei trat ein ewiger Konflikt zutage: Müssen sich die Menschen ändern oder muss das System geändert werden, um zu der gewünschten Postwachstumsgesellschaft zu kommen? Paech waren Spashs radikale Forderungen zu abstrakt. »Wir müssen unseren Lebensstil ändern! Wir müssen den Worten Taten folgen lassen. Wir müssen lernen, mit der Situation umzugehen«, so Paech. Spash hielt dagegen, dass es nicht ausreiche, die Menschen verändern zu wollen. Das System sei zu mächtig und es gebe keine echte Demokratie. Demokratie müsse erst noch geschaffen werden. Spash ließ auch nicht den Vorwurf der Verschwörungstheorie auf sich sitzen. »Der globale militärisch-industrielle Komplex ist keine Verschwörung, er ist Realität!« Weltweit würden Menschen ermordet und es würden Kriege um den Zugang zu den Ressourcen geführt. In den entwickelten Ländern würde die Überwachung ausgebaut und Menschen mit Verleumdungskampagnen mundtot gemacht, wenn sie radikale Systemkritik üben würden.

In der anschließenden Diskussion kam mehrmals die Frage nach einer Postwachstumspartei auf, die sich offenbar einige im Publikum wünschten, um »unseren politischen Willen sichtbar zu machen«. Paech sah die Idee skeptisch: »Vor 35 Jahren waren die Grünen auch wachstumskritisch – und was ist daraus geworden?«

Gemeinsamer Wunsch

Dieser Bericht kann nur einige Eindrücke von der Konferenz wiedergeben. Ich habe ja nur einen kleinen Ausschnitt mitbekommen. Mein Fazit: Die Degrowth war richtig und wichtig. Schade nur, dass sie von den meisten Medien nicht beachtet wurde. Denn trotz aller Verschiedenheiten und unterschiedlicher Schwerpunkte war in Leipzig der Wunsch spürbar, eine wachsende und relevante Bewegung zu werden, in der sozial, ökologisch und ökonomisch Bewegte sich vernetzen, um eine Welt ohne Wirtschaftswachstum(szwang) zu schaffen. Und wenn die Mainstream-Medien uns totschrögen ... dann müssen wir's halt selber weitersagen! ■

Beate Bocking



Am Samstag fand unter dem Motto »Genug ist genug für alle!« eine Abschluss-Demonstration in der Leipziger Innenstadt statt.

ne Forschung zum Thema Degrowth. Obwohl die Schweiz ein reiches Exportland und ein Steuerparadies ist, gebe es dafür keine Forschungsgelder.

In Schweden sei ein wachstumskritischer Diskurs kaum vorhanden, berichtete Max Koch. Der Degrowth-Ansatz würde von keiner politischen Partei vertreten, wohl aber »Grünes Wachstum« und ökologische Modernisierung. Und auch nur dafür gebe es Forschungsgelder. Da Schwedens sozioökonomisches Modell auf Vollbeschäftigung (von Männern und Frauen) und Wachstum basiere, gehe es zuallererst um Arbeitsplätze. Aufkommende Armut werde ignoriert. Als großes Manko sieht Koch, dass es (bis auf eine Ausnahme: Omställning Sverige) keine Verbindung zwischen der sozialen und der ökologischen Bewegung gebe.

2006 vom Europäischen Rat beschlossenen erneuerten EU-Nachhaltigkeitsstrategie wurde dort 2008 die Initiative »Wachstum im Wandel« gegründet, an der sich Ministerien, Provinzen, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und sogar die Österreichische Nationalbank beteiligen. Die Nationalbank fördere zum Beispiel ein Forschungsprojekt zur Resilienz der Regionen im Hinblick auf Peak Oil und Gas. In Österreich habe man erkannt, dass weiteres Wachstum ausbleibt und man daher einen Umgang mit dieser veränderten Situation finden muss. Was ist mit den Arbeitsplätzen? Es sei daher besonders wichtig, die Ängste und Belange der normalen Bevölkerung ernst zu nehmen und eine Vision des Postwachstums gemeinsam mit dem Mainstream zu entwickeln.

Buchvorstellungen

Thomas Mayer und Roman Huber:
Vollgeld – Das Geldsystem der Zukunft.
Unser Weg aus der Finanzkrise. Tectum
Verlag, Marburg 2014, 184 S., 18,95 €,
ISBN 978-3-8288-3350-0

Die Diskussion ums »Vollgeld« gewinnt an Fahrt, zum einen, weil in der Schweiz eine Volksinitiative zu seiner Einführung angelaufen ist, die maßgeblich von der INWO Schweiz betrieben wird, zum anderen, weil große Medien wie Spiegel und Handelsblatt darüber berichtet haben und der ehemalige Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, nun einen ähnlichen Vorschlag macht (»Aktivgeld«).

Hier geht es aber nicht um den Thomas Mayer, sondern um seinen Namensvetter, der gemeinsam mit Roman Huber mindestens so viel Aufmerksamkeit verdient. Beide setzen sich seit langem für die Direkte Demokratie ein und haben dabei immer wieder auch das Geldthema ins Gespräch gebracht, zuletzt Huber als Initiator der Verfassungsbeschwerde zu den Eurorettungsschirmen.

Beide haben sich intensiv mit dem Geldsystem beschäftigt, das ist dem Buch in weiten

Teilen anzumerken und daher ist die Lektüre in jedem Fall lohnenswert. Manches liest man selten so klar, z.B.: »Heute wird das Problem eines zu starken Abflusses von Geld aus der Realwirtschaft in die Finanzwirtschaft dadurch verschleiert, dass die Geldmenge insgesamt rasant und inflationär wächst. Damit die Realwirtschaft leben kann, werden

Finanzblasen hingenommen.« Die Autoren kritisieren, dass die EZB keineswegs die Preisstabilität gesichert hat. Zum einen sei das abweichend vom Gesetzestext von ihr angestrebte 2%-Inflationsziel eine »rechtsstaatliche Verwilderung«, zum anderen prangern sie die »langjährige Immobilien-Inflation« von jährlich 9% in der Euro-Zone an. Die Geldmenge M1 hat von 1999 bis 2012 im Euroraum jedes Jahr um 8% zugenommen – bei einem BIP-Wachstum von real nur 1,4%. Dafür machen die Autoren die Giralgeldgeldschöpfung der Banken verantwortlich: »Heute können sie Kredite einfach vergeben und brauchen sich erst danach um die Refinanzierung von durchschnittlich 20 Prozent kümmern.« Das soll mit Vollgeld anders werden.

Was meint »Vollgeld«? Eine Heraustrennung der täglich fälligen Einlagen aus den Bankbilanzen und deren Anerkennung als Zentralbankgeld im Eigentum der Kontoinhaber. Da die Zentralbank die Verbindlichkeiten übernimmt, wird neben dem Bargeld endlich auch das Giralgeld zum gesetzlichen Zahlungsmittel. Außerdem soll neues Vollgeld schuldfrei zugeteilt werden (vor allem dem Staat), d.h. Geld entsteht nicht mehr durch Kredit, sondern als »positives Geld« ohne Zinsbelastung. Durch Vollgeld wird der Zahlungsverkehr von der Finanzwirtschaft getrennt. Die Banken sind für Letzteres dann ausschließlich auf die Anwerbung von Kundeneinlagen angewiesen, die diese auf Anlage- und Sparkonten festlegen. Da deren Fälligkeitsdaten feststehen, wird die Fristentransformation kalkulierbarer als heute. Soweit ist der Vorschlag sinnvoll. Es wundert nur, dass man offenbar doch noch ein Hintertürchen offen lassen will: »Falls es doch einmal zu einer Kreditunterversorgung in bestimmten Wirtschaftsbereichen käme, kann die Zentralbank das jederzeit ausgleichen und neue Kredite an Banken ausreichen.« – Wozu, wenn doch das Geld schuldfrei in Umlauf kommen soll?

Man möchte den beiden Autoren am liebsten sofort glauben, was sie uns versprechen: Vollgeld beende die Euro-Krise, es bringe den Euro-Staaten 5 Bill. Euro und den Schweizern 300 Mrd. Franken ein, es senke die Staatsverschuldung im Euroraum um 60% und mache die Schweiz ganz schuldenfrei, es verhindere Finanzblasen, mildere die Kluft zwischen Arm und Reich und reduziere den Wachstumsdruck ...

Die Möglichkeit der Entschuldung durch Vollgeld sollte ernsthaft geprüft werden, denn heute ist kaum etwas wichtiger, als den zu hohen gesamtwirtschaftlichen Verschuldungsgrad abzubauen. Insgesamt ist aber zu sagen: Die Vollgeld-Anhänger sind nur auf die Geldmenge fixiert. Sie wollen die Umstellung des endogenen Geldsystems auf ein exogenes System, in dem die Zentralbank die Geldmenge vorgibt. Natürlich kann man das zur Diskussion stellen.

Es ist jedoch vollkommen unverständlich, dass Mayer und Huber die Geldzirkulation nicht thematisieren, kennen sie doch die Umverteilungswirkung von Zins und Zinseszins. Die zunehmende Vermögenskonzentration wird im Abschnitt »Welche Probleme löst Vollgeld nicht?« nicht behandelt. Ohne Kosten auf Liquidität würde Vollgeld nicht funktionieren. Dass wir solche brauchen, würde dann nur schneller auffallen, wie die Autoren selbst bemerken: »Die Frage kommt auf den Tisch: Wo ist das Geld hingekommen? Es war doch genug im Umlauf, wieso fehlt es?«

Christine Ax: Reise ins Land der untergehenden Sonne. Japans Weg in die Postwachstumsgesellschaft. Edition Zeitpunkt, Solothurn 2014. 76 S., Fr. 12.50/10.01 €, ISBN 978-3-9523955-1-6

Christine Ax, Philosophin und Ökonomin, die am Sustainable Europe Research Institute in Wien forscht, hat ihren Sohn in Japan besucht und ihre Erfahrungen in diesem tollen Büchlein festgehalten. Es ist nicht nur sehr unterhaltsam, sondern auch unsere eigene Zukunft betreffend lehrreich: »Japan verstehen heisst, uns selber in zehn Jahren zu verstehen und den einzig wahren Reichtum zu erkennen: das Leben«, heißt es auf dem Umschlag.

Ax war mit der Frage in Tokio gelandet, wie ein Land wächst, dessen Bevölkerung schrumpft. Eine Frage, die wir uns im Westen erst stellen müssen. Japan, die drittgrößte Industrienation mit der weltweit höchsten Staatsverschuldung (über 240% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt), ist uns tatsächlich mit seinen Absurditäten und Widersprüchlichkeiten um einiges voraus. Schon am Flughafen erfuhr Ax: Die technologische Hochentwicklung hat selbst vor den öffentlichen Toiletten nicht Halt gemacht, ihre Benutzerfreundlichkeit allerdings nicht gesteigert. Das Angebot in den Supermärkten ist überwältigend, akkurat sortiert und sauberlich abgepackt und die Menschen stehen nicht trotz, sondern wegen einer Schlange an. »Es gibt ihnen das Gefühl, am richtigen Platz zu sein.«

Die Lebensqualität und das Glück hat das Wirtschaftswachstum aber nicht wirklich gesichert. Laut OECD Better Life Index sind nur 40% der JapanerInnen mit ihrem Leben zufrieden. Traditionell ein egalitäres Land, sind die sozialen Unterschiede in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen. 42% fühlen sich arm. 60% haben Angst vor der Zukunft. Die Selbstmordrate ist hoch. Einerseits gibt es unzählige unerfüllte Kinderwünsche, andererseits nehmen die Kosten der Überalterung bereits 70% des Sozialbudgets in Anspruch. Das in einem so reichen Land! Der Wachstumswahn, die Konjunkturprogramme ohne Ende, die extreme Geldmengenausweitung zur Bekämpfung der »Deflation«, neuerdings die Abwertung des Yen – die Autorin bezeichnet das zurecht als Teufelskreis. Unbedingt lesenswert!

Beate Bockting



INWO auf der Degrowth-Konferenz

Die Degrowth-Konferenz vom 2. bis 6. September 2014 in Leipzig warf ihre Schatten weit voraus: Bereits im Februar feilten Beate Bockting und ich an einem Text, der das Gedankengut der Fairconomy in allgemein verständlicher Sprache kompakt darstellen sollte.

Degrowth – zu übersetzen mit Nicht-Wachstum, Schrumpfung oder noch anders – drückt eigentlich aus, dass langfristig stabiles Wirtschaften nur ohne dauerndes Wachstum gelingen kann. Denn andauerndes Wirtschaftswachstum führt in einer endlichen Welt zu Instabilität. Dafür konnten wir mit unseren Vorschlägen zur Reform des Geldes im Sinne Gesells und zur Neuordnung der Bodenordnung, weitergedacht als Nutzungsordnung der Naturressourcen, gangbare Lösungswege aufzeigen.

Bis zum 28. Februar waren die Texte einzureichen, die für eine nicht-wachsende Wirtschaft wesentlich sein

könnten. Ein Gremium aus internationalen Wissenschaftlern und Journalisten hatte die Aufgabe auszuwählen, welche der Texte als Basis für spezielle Arbeitsgruppen (»GAP« = Group Assembly Process) zu verschiedenen Themen dienen sollten. Die Konferenz war

in englischer Sprache geplant, ebenso diese Arbeitsgruppen, zu denen sich an drei Tagen für jeweils anderthalb Stunden maximal 20 angemeldete Teilnehmer trafen.

Leider wurde unsere Erwartung oder Hoffnung auf Annahme unseres Textes für den GAP »Money and

Finance (Geld und Finanzsystem)« nicht erfüllt. Vielleicht, weil der Zusammenhang mit der Bodenordnung abwegig erschien? Aber immerhin konnten wir uns sofort als Teilnehmerinnen anmelden. Doch auch der Diskussionsprozess in der Gruppe war nicht so ergiebig wie erhofft, was sicher auch der Schwierigkeit geschuldet war, sich in Englisch ausdrücken zu müssen. Haupthindernis waren aber wohl die zu ehrgeizigen Vorgaben der Organisatoren, Ergebnisse für die Konferenz zu produzieren. Bei unserem komplexen Thema, dem unterschiedlichen Wissensstand und den verschiedenen Ansichten der Teilnehmenden, war der Moderator schlicht überfordert, so dass wir die zu knappe Zeit mit organisatorischen Diskussionen, statt mit inhaltlicher Arbeit verbrachten. Schon für ein Kennenlernen der Positionen der anderen und für eine ausreichende Klärung der Begriffe war nicht genügend Zeit. Wir beide bekamen immerhin noch die Gelegenheit, unser Papier in Kurzform darzustellen, aber auch dafür war dann schlussendlich nicht genügend Raum.

Zum Glück kamen die 700 Exemplare des druckfrischen Fairconomy-Heftes mit dem perfekt passenden Titelblatt noch pünktlich zum Verteilen am Freitag und Samstag an. Dietmar Bonk aus Leipzig hat uns tatkräftig beim Verteilen geholfen, und das Publikum nahm das Heft gerne und interessiert an. Manche kamen extra auf uns zu, um sich ein Exemplar abzuholen.

Für uns war die Veranstaltung spannend und bereichernd. Vielleicht konnten wir bei den Gedanken so mancher Teilnehmer anknüpfen und Anregung geben – wer weiß!

Alwine Schreiber-Martens



Spendenbrief zu Weihnachten

In diesen Tagen erreicht Sie auch unser diesjähriger Spendenbrief zu Weihnachten. Da das Geldthema derzeit so stark – und fast zum Greifen nah an unseren Vorstellungen! – in der Öffentlichkeit präsent ist, bitten wir Sie diesmal ganz besonders um Ihre Unterstützung.

– Helfen Sie mit, dass wir die Chance nutzen können, um die Umlaufsicherung des Geldes in der fachlichen und öffentlichen Diskussion zu verankern.

– Helfen Sie mit, dass wir eine politische Diskussion über die bei Niedrigzins umso wichtigere Abschöpfung ökonomischer Renten, insbesondere der Bodenrente, anschieben können.

Beides sind wichtige Voraussetzungen für die Wiederherstellung und die Wahrung des Friedens in der Welt und für eine lebenswerte Zukunft auf diesem Planeten.



Kontoverbindung INWO Deutschland:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)

IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die INWO-Homepage

Ein besonderes Augenmerk richteten wir dieses Jahr auf die INWO-Homepage. Hier sind derzeit etwa 1.200 Besucher pro Monat zu verzeichnen. Die meisten Besucher kommen erwartungsgemäß aus Deutschland, gefolgt von Österreich und der Schweiz. Da unsere Website seit 1998 im Netz ist, konnten wir uns auch schon sehr gut vernetzen: Etwa 30.000 Links gibt es zu unserer Seite, darunter von Nachrichtenmagazinen, Hochschulen, Politikseiten, Wikipedia oder befreundeten Websites wie etwa von helmut-creutz.de oder der silvio-gesell-tagungsstaette.de. Einen deutlichen Besucherzustrom von plus 500 Besuchern bescherte uns Klaus Willemsens Artikel »Leben unter Null Prozent«, der im September auf Tele-

polis (heise.de) platziert werden konnte. Auch im Kieler Wasser der Degrowth-Konferenz im September, auf der Alwine Schreiber-Martens, Dietmar Bonk und Beate Bockting erfolgreich 700 Fairconomy-Hefte verteilten, war an den Tagen nach der Konferenz ein deutlicher Anstieg der Besucher auf unserer Website zu verzeichnen.

Wir arbeiten weiterhin daran, die Website so zu optimieren, dass wir besser über Suchmaschinen gefunden werden. Ziel ist es, künftig mehr Internetnutzer, denen die Fairconomy noch kein Begriff ist, auf unsere Seite aufmerksam zu machen.

Juliane



DEUTSCHLAND

Vortrag bei der Fairen Woche in Karlsruhe

Auch dieses Jahr war die Geldreformgruppe Stuttgart bei der Fairen Woche in Karlsruhe präsent. In den letzten Jahren waren wir dort mit einem Infostand vor Ort, doch diesmal hat Jochen es geschafft, einen Vortrag am 28. September im Rahmen dieser Veranstaltung unterzubringen. Danke an Jochen für die tatkräftige Unterstützung! Der Vortrag fand im Weltladen direkt in der Karlsruher Innenstadt statt. Als wir ankamen, konnten wir uns gar nicht vorstellen, wie das funktionieren sollte, denn im Laden gab es kaum Platz. Überall standen Regale. Doch in Nullkommanix hatte Ingeborg, die Initiatorin aus den Reihen der Fairen Woche, die Regale beiseitegeschoben – und schon hatten wir einen Vortragsraum in herrlich buntem Ambiente mit wunderbaren Düften nach Tee und exotischen Gewürzen.

Zum Start hatten sich dann knapp 20 Teilnehmer eingefunden. Mein Vortrag – inzwischen ja mit vielen praktischen Spielen, die die Geldfunktionen erlebbar machen, aufgelockert – wurde wieder sehr interessiert verfolgt, kommentiert und hinterfragt. Bei den Spielen gibt es auch jedes Mal viel zu lachen, wenn z.B. die Teilnehmer Bäcker spielen, die ein Brötchen verkaufen sollen, und dann wie wild im Raum gehandelt wird. Natürlich gibt es auch jedes Mal die Aha-Effekte. So ist es immer wieder spannend zu beobachten, wie die Teilnehmer anhand eines Maßbandes

erleben dürfen, dass eine Milliarde das Tausendfache einer Million ist ($1\text{cm} = 1\text{ Mio} / 10\text{m} = 1\text{ Mrd}$). Oder wie unser Denken durch unser heutiges Geldsystem geprägt ist: Bittet der Nachbar um Mithilfe im Garten, ist das normal – fragt er aber nach Geld, um dafür einen Landschaftsgärtner zu bezahlen, ist die Reaktion in unserem Kopf eine ganz andere.

So hoffe ich, dass die Teilnehmer zukünftig eine andere Sicht auf die Nachrichten und auch teilweise ihr eigenes Handeln bekommen. Und ebenso hoffe ich, dass bei allen der Samen dafür gelegt ist, sich für ein gerechteres Geld zu engagieren. Nachdem der Abend zu Ende gegangen war, waren alle Fragen beantwortet und doch viele Fragezeichen in den Köpfen der Teilnehmer entstanden. Um diese dann im Nachgang auflösen zu können, haben wir noch viel Informationsmaterial zur INWO und der Fairconomy verteilt.

Helmut Rau



Werden Sie aktiv!

Planen Sie Aktionen?

Nehmen Sie Kontakt mit dem INWO-Regionalbüro West auf:

E-Mail: vlado.plaga@INWO.de oder
Tel.: 0231 44995855 (montags und mittwochs)

Material gibt es beim INWO-Versand:
versand@INWO.de oder Tel.: 06623 919601.
Wir würden uns freuen, von Ihnen zu hören!

INWO steckt an!

Unterstützen Sie unsere Arbeit. Werden Sie INWO-Mitglied!

Einen Antrag finden Sie auf S. 22.
Jedes Neumitglied erhält eine dekorative
blau-gelbe INWO-Anstecknadel geschenkt.



Vollgeld-Initiative

Seit Juni 2014 werden fleissig Unterschriften gesammelt. Bis Herbst 2015 benötigen wir 100'000 Unterschriften, damit wir diese Initiative in Bundesbern einreichen können. Helfen auch Sie mit beim Sammeln! Alle Informationen und Unterlagen finden Sie unter

www.vollgeld-initiative.ch



VOLLGELD
INITIATIVE

FÜR KRISENSICHERES GELD:
GELDSCHÖPFUNG ALLEIN
DURCH DIE NATIONALBANK!

Das INWO-Jahr 2014 im Rückblick

Ein volles Jahr ... voll mit VOLLGELD! Nachdem der Vorstand sich schon einige Jahre mit dem Start der Vollgeld-Initiative auseinandergesetzt hatte, konnte dieses Jahr damit gestartet werden und die Unterschriftensammlung ist nun in vollem Gange. Doch immer noch brauchen wir viele engagierte Helfer, damit die 100'000 beglaubigten Unterschriften zusammenkommen.

Der INWO-Vorstand hat sich dieses Jahr bisher nur zweimal zusammengesetzt, denn es sind alle punktuell mit den vielen nötigen Vorbereitungen und Aktualisierungen zur Vollgeld-Initiative beschäftigt gewesen, und so war der interne Austausch auch ohne offizielle Sitzungen gewährleistet. Im Weiteren engagierte sich der INWO-Vorstand (auch) in diesem Jahr zusätzlich fürs Grundeinkommen, SUFO, Energiefestival, Filme für die Erde sowie für einzelne Geld- und Bodenreform-Aktivitäten.

Ich habe die Stellung im Büro gehalten und fasse in diesen Zeilen das bald zu Ende gehende INWO-Jahr zusammen:

Leider wurden in diesem Jahr die monatlich im »Karl der Grosse« stattfindenden Diskussionsabende der INWO-Regionalgruppe Zürich beendet. Albert Leibacher, als Initiant und Organisator, hatte uns stets interessante Referenten und Themen angeboten. Leider kamen mit der Zeit immer weniger Interessierte. Ein riesengrosses Dankeschön geht hiermit nochmals an Albert Leibacher! Zur Zeit engagiert auch er sich bei der Vollgeld-Initiative.

Nicht Konkurrenz, sondern Verbundenheit

Neu gibt es jedoch die DANACH-Veranstaltungen. DANACH ist eine junge dynamische Gruppe, welche sich aktiv mit den INWO-Themen auseinandersetzt und diese auch bei

Veranstaltungen öffentlich thematisiert. Eine für mich wichtige Aussage in einem Referat von Charles Eisenstein war: Nicht Konkurrenz bringt uns weiter, sondern Verbundenheit. Lesen Sie auf diesen Seiten vom diesjährigen, von der INWO unterstützten, DANACH-Festival.

Daniel Meier als Co-Präsident der INWO Schweiz war ein Mitinitiant und Mitbegründer dieses engagierten Vereins. Danke, Daniel!

Ein weiteres Dankeschön geht an Thomas Gröbly, der an der Fachhochschule Brugg-Windisch als Ethiker unterrichtet. Er war Landwirt und ist freischaffender Theologe und ein Drahtzieher für viele interessante Veranstaltungen mit dem Fokus Finanzwelt, Umwelt, Ernährung und Ethik. Bei all diesen Themen landet man immer wieder bei unserem undurchdringlichen, wie ein Dschungel wirkenden Finanzsystem. So auch in der von Gröbly moderierten Diskussionsrunde nach dem Film »Sand Wars«, der im Rahmen der Reihe CampusCinema im Odeon in Brugg gezeigt wurde. Solche Filme können Anstoß geben, neue Mitstreiter für eine gerechtere Geld- und Bodenordnung zu gewinnen.

Am 4. Oktober feierte das Grundeinkommen sein jähriges Dasein im Bundeshaus. Die Unterschriften wurden damals mit einer wunderbaren Goldene-Fünferli-Aktion übergeben. Inzwischen ist die Initiative vom Bundesrat kurz besprochen und zur Ablehnung empfohlen worden. Wir werden wahrscheinlich im Jahr 2015 wieder etwas aus Bundesbern, nämlich vom Parlament, lesen und hören. An der INWO-GV im April konnten wir in diesem Gold baden. Der Besuch des Tresorraumes vom »Unternehmen Mitte« in Basel hat uns richtiggehend geblendet. Geld im Wert von 400'000 Franken lag unter unseren Füßen in Form kleiner goldener 5-Räpp-

ler, welche am 4. Oktober 2013 auf dem Bundesplatz gelegen hatten. Musikalisch wurden wir von Dr. Walter Thöni begleitet. Sein Musikspiel erfreute auch beim Start der Vollgeld-Initiative am 7. Juni 2014 in Zürich.

Im Mai 2014 kamen die Autoren Weik und Friedrich nach Baden und erzählten von persönlichen Erfahrungen in Argentinien mit der Finanzkrise und stellten ihr Buch »Der grösste Raubzug der Geschichte« vor. Ebenfalls im Mai fand wiederum das jährlich stattfindende SUFO in St. Gallen statt. Einen Bericht konnten Sie im Septemberheft lesen.

Wir sind alle gefordert

Die INWO Schweiz ist allen Mitgliedern sehr dankbar, wenn sie das Gedankengut weitergeben und ihre Mitmenschen (insbesondere Nachbarn, Freunde und Familie) aufmerksamer machen. Ein (öffentlichkeits-)wirksamer erster Schritt aus dem Finanzdschungel dickicht ist die Vollgeld-Initiative.

Und weitere kleine Schritte sind unser aller Verhalten im Alltag. Beobachten Sie sich bei Ihrem Einkauf. Legen Sie Wert auf einheimische Produkte? Wo können Sie regionale Produkte einkaufen? Auch wenn diese zum Teil mehr kosten als Produkte, die von weit her eingeflogen werden. Schlussendlich lohnt sich die Unterstützung der heimischen Realwirtschaft. Eine Initiative unterstützt gezielt die Ernährungssouveränität. Sie können sich hier informieren: <http://www.souverainetealimentaire.ch/in/de/>
Ich freue mich bereits jetzt auf ein aktives INWO-Jahr 2015!

Freundliche Grüsse und einen guten Jahreswechsel,

Monica Gassner-Rusconi
(Sekretariat INWO Schweiz)

Rückblick: Festival für Zukunftsfragen

Vom 8. bis 14. September 2014 organisierte DANACH – einmal mehr auch Dank der Unterstützung der INWO – bereits zum dritten Mal erfolgreich ein grösseres Festival. Am Festival für Zukunftsfragen waren wiederum viele (INWO-)Themen prominent vertreten. Ein gegenseitiges Kennenlernen und Vernetzen war eines der Kernanliegen der Veranstalter.

Bekannteste Gäste waren der Oldenburger Volkswirtschaftler Niko Paech mit seinem Vortrag zur Postwachstumsökonomie und der Berliner Raphael Fellmer, der von einem Leben ohne Geld erzählte, das er seit einigen Jahren praktiziert. Beide zogen viele Leute in das Luzerner Neubad (das ehemalige Hallenbad Biregg), das einen aussergewöhnlichen und passenden Rahmen bot.

Im Vorab-Programm wurden zwei Filme gezeigt: »Zukunft pflanzen – Bio für 9 Milliarden« von Monique Robin und »Frohes Schaffen – Ein Film zur Senkung der Arbeitsmoral« von Konstantin Faigle. Auch dies geschah wieder an einem speziellen Ort an der Industriestrasse: in einem ehemaligen Pferdestall. Weiter ist die Industriestrasse aber auch ein politischer Ort, wo nach einer gewonnenen Abstimmung momentan die Wohnbaugenossenschaft Industriestrasse ein gemeinnütziges, nicht renditeorientiertes Bauprojekt plant, während im Gemeinderat über die Rahmenbedingungen dafür gestritten wird.

Am Samstag und Sonntag konnten sich die Besucherinnen und Besucher dann individu-

ell im Rahmen einer »Unkonferenz« weiterbilden. Niko Paech bot nochmals einen Workshop an. Daniel Meier (INWO Co-Präsident) stellte die Vollgeld-Initiative vor. Weiter wurde das Projekt KISS – eine vierte Säule der Altersvorsorge vorgestellt. Das Luzerner Tauschnetz präsentierte sich ebenfalls und Jens Martignoni bot ein Spiel zu einer Quartierwährung. Genauso war Teilen ein Thema,



mit Andreas Amstutz vom noch jungen Verband der Sharing Economy Schweiz.

Die Regionalgruppe Luzern der Grundeinkommensinitiative entwarf zusammen mit den Besucherinnen und Besuchern ihres Workshops eine Vision für eine Schweiz nach der Einführung des Grundeinkommens. Die »Lösungs-Orientierte Volks-Bewegung – Initiative für ein gerechtes Geldwesen« nutzte ihrerseits die offene Plattform der Unkonferenz,

um einen weiteren Workshop anzubieten.

Do it yourself!

Aber nicht nur um Geldthemen ging es am Festival für Zukunftsfragen. Es ging auch um praktische Dinge wie Permakultur, Urban Gardening, 3D-Druck, Community Supported Agriculture, das Einmach-ABC, Seed Bombs, die Luzerner Foodkooperative im Aufbau – eben um das Do-it-Yourself. Und auch das Amt für Umwelt der Stadt Luzern war vertreten, durch einen Vortrag von Gregor Schmid zum Thema Nachhaltigkeit. Weiter konnte man eine Führung entlang der Industriestrasse mitmachen sowie das RACHEL-Architekturprojekt besuchen. Oder sich in Soziokratie unterrichten lassen.

Die geneigte Leserin (oder Leser) merkt, dass es eine grosse Vielfalt an Themen war, die hier geboten wurde. Leider war aber der Teil der Veranstaltung mit den Workshops etwas weniger gut besucht, als von DANACH erhofft. So war es sehr willkommen, dass die INWO das Festival mit einer Defizitgarantie unterstützte.

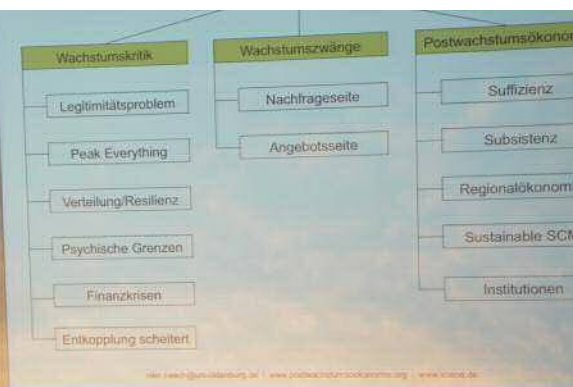
DANACH zeigte im Rahmen dieses Festivals, dass sie »Do-it-yourself«-Anlässe organisieren kann.

Weitere Informationen unter:
www.DANACH.jetzt



SCHWEIZ

Niko Paech hielt einen Vortrag zur Postwachstumsökonomie



Abschied von Ernst Weber (1923-2014)



v.l.n.r.: Hans Barth, Heinz Girschweiler und Ernst Weber, beim Parteitag der LSPS in Interlaken 1984

Als ich vor mehr als 40 Jahren als junger Mann in eine Versammlung der LSPS – der Liberalsozialistischen Partei der Schweiz – geriet, fiel mir Ernst Weber rasch auf. Äusserlich, weil er nicht zur Mehrheit der Weisshaarigen zählte. Seine hellbraunen, immer tipptopp frisierten Haare boten einen wohlthuenden Kontrapunkt zum vielen Silber rundherum. Er war auch immer tadellos gekleidet – er konnte und wollte seinen Beruf Textilkauflmann eben nicht verleugnen. Auffallen ist Ernst Weber aber auch, wenn er das Wort ergriffen hat: Sein markanter Schaffhauser Dialekt war unverkennbares Markenzeichen des Mannes aus dem Grenzort Thayngen mit Geburtsjahr 1923.

Doch bald waren es nicht mehr diese Äusserlichkeiten, die den Neuankömmling im Kreise der Freiwirtschaftler an Ernst Weber beeindruckten, sondern vielmehr das, was er sagte und tat für seine politischen Überzeugungen. Er redigierte in den 1960er-Jahren die Parteizeitung »evolution« mit Umsicht und Sorgfalt. Wohl möglich, dass er sich mit diesem Freizeitjob einen heimlichen Berufswunsch so nebenbei ein bisschen erfüllte. Er wäre vermutlich ebenso gern Journalist statt Kleiderverkäufer geworden. Aber er übernahm das elterliche Konfektionsgeschäft mit Schneiderei und führte es zusammen mit seiner Gattin Alice über Jahrzehnte.

Präsident der Liberalsozialisten

Ernst Weber redete und schrieb klar und überzeugend. Gegen Ende der 1970er-Jahre wurde er zum Präsidenten der kleinen schweizerischen Partei der Freiwirtschaftler. Er behielt dieses Amt mit einem zweijährigen Unterbruch bis 1990. Er nahm dieses Amt ernst, und er füllte es mit grossem Engagement aus. Die Aufgabe entsprach auch seinem Charakter. Er war klar in seinen Vorstellungen, betrieb aber keinerlei intellektuelle Haarspalterei. Wie er Versammlungen und Parteitage auch dann ruhig führte, wenn sich rivalisierende Fraktionen wieder einmal gros-

se rhetorische Kämpfe um Nuancen eines gerechten Geldes lieferten, war bewundernswert. Stets mahnte Ernst Weber zur Mässigung und war er um Ausgleich bemüht. Ein Höhepunkt in seinem Freiwirtschaftlerleben war für Ernst Weber der Kongress von Wörgl 1983 zum Gedenken des Freigeld-experiments von 1933. Zusammen mit seiner Gattin Alice genoss er die schönen Frühlingstage in Tirol inmitten vieler Gesinnungsfreunde in vollen Zügen.

In seine Amtszeit fiel das Ringen um ein neues Parteiprogramm. Die »Leitlinien der LSPS« kamen dann 1986 heraus – leider zu spät, um das Ende der 1946 aus dem Schweizerischen Freiwirtschaftsbund heraus entstandenen Partei noch aufzuhalten. 1990 wurde aus der LSPS die INWO Schweiz.

Gründungsmitglied der NWO-Stiftung

Mit dem Ende der Partei zog sich Ernst Weber aber nicht von der Freiwirtschaft zurück. Als zwei Freunde Mitte der 80er-Jahre die Idee einer Freiwirtschaftlichen Stiftung vortrugen, war Ernst Weber sofort mit dabei. Er war 1986 Gründungsmitglied der NWO-Stiftung für natürliche Wirtschaftsordnung (heute NWO-Stiftung Belcampo). 20 Jahre lang war er engagiertes Stiftungsratsmitglied. Er trug stark dazu bei, dass sich das zarte Pflänzchen entwickeln konnte: Von einer kleinen Stiftung mit Sorgepflicht für die Schweizerische Freiwirtschaftliche Bibliothek zu einem Gefäss, das dank Schenkungen von Geld und Grundstücken heute einen Beitrag zum Erhalt und zur Weiterentwicklung fortschrittlicher politischer Ideen leisten kann. Selbst als vor ein paar Jahren seine Kräfte nachliessen und sich die Altersbeschwerden verstärkten, wollte er weiterhin über die Belange der Stiftung orientiert werden.

Geht die Saat auf?

Dem Kern des Gedankengutes, das er schon als Jugendllicher zusammen mit Grosseltern,

Eltern und Bruder Paul bei Tagungen kennen gelernt hatte, blieb Ernst Weber ein Leben lang treu. Es ist die Vision von einer gerechteren Welt, von einer freiheitlichen, demokratischen und sozialen Gesellschaft ohne Vorrechte und gigantische Vermögens- und Einkommensunterschiede. Ein unparteiisches Geld und ein Privateigentum, welches Monopolgüter wie den Boden und seine Schätze nicht mit einschliesst, sollen die fundamentalen Grundlagen dazu schaffen. Man kann mit Blick auf die äusseren Verhältnisse kaum behaupten, die Ideen der Freiwirtschaft seien heute populärer und einflussreicher als in Ernst Webers Jugend. Waren sein Engagement und ist das seiner Freunde deshalb nutzlos und gescheitert? Wer ein Sensorium entwickelt hat für das, was sich unter der Oberfläche oder hinter den Fassaden tut, für den sieht es nicht gar so bitter aus. Mehr und mehr Leute merken, dass unsere Welt des Immer-Mehr, Immer-Schneller, Immer-Leichter in die Sackgasse führen muss. Und immer mehr Menschen hier bei uns und weltweit machen sich Gedanken über neue Wege oder sie haben schon angefangen, sie zu beschreiten. Wir hoffen, ganz im Sinn Ernst Webers, dass sie mehr und mehr Erfolg haben damit.

»Ihr sollt nicht traurig sein. Wir wollen die Trauer in unseren Herzen bekämpfen. Wir wollen dankbar sein für seine Freundschaft und für alles, das wir von ihm empfangen haben. Im Geist und in seinen Werken ist er weiter unter uns.« Diese Worte sprach LSPS-Präsident Ernst Weber bei der Trauerfeier für seinen engen Freund Werner Schmid, den grossen Zürcher Freiwirtschaftler 1982. Sie gelten uneingeschränkt auch zum Abschied von Ernst Weber.

Heinz Girschweiler,
Präsident NWO-Stiftung Belcampo



Bestellen Sie weiterführende Literatur aus unserem Shopangebot!

Aktuell



Wera Wendnagel: **Mama Moneta oder die Frauenfolge**

Frauen verstehen nichts von Wirtschaft! Dieses Vorurteil haben Männer und viele Frauen so verinnerlicht, dass bis heute in den höchsten wirtschaftspolitischen Entscheidungsgremien, den Zentren der Geldmacht, die Männer unter sich sind. Umfangreiche Finanzspekulationen, Mietwucher, Armut und Arbeitslosigkeit vieler bei immensem Reichtum weniger sowie »Land Grabbing« bis hin zu Krieg und Hunger sind eine Bilanz unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems voller Machtgeilheit und Praxisferne.

Die Geschichte von Mama Moneta beschreibt eine Marktwirtschaft, die durch ein neues Bodenrecht und eine andere Geldordnung ganz ohne diese kapitalistischen Fehlentwicklungen funktioniert.

201 S., Neuauflage INWO 2012, 9.80 €, Art.Nr. C9



Dirk Löhr: Prinzip Rentenökonomie. Wenn Eigentum zu Diebstahl wird

Mit einem Geleitwort von Gerhard Scherhorn

Ökonomische Renten sind Erträge, denen keine Kosten gegenüberstehen – wenigstens einzelwirtschaftlich. Allerdings gibt es nichts umsonst. Irgendjemand wird immer belastet, und sei es durch Verzichtskosten. Das Muster: Gut organisierte Gruppen streichen die ökonomischen Renten ein, die Kosten werden auf schwach organisierte Gruppen abgewälzt. Unsere Eigentumsordnung leistet dem Vorschub. Die »Ersünde« ist das Privateigentum an Land und die daraus fließenden Renten.

198 S., metropolis Verlag 2013, 22.00 €, Art.Nr. I5

Standardliteratur zur Geld- und Bodenreform



Helmut Creutz: Das Geldsyndrom 2012, Broschiert, 483 S., Hochschulverlag 2012, 16.80 €, Art.Nr. A3



Arno Gahrman: Wir arbeiten, und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen, 224 S., Westend Verlag 2013, 17.99 €, Art.Nr. D5



Margrit Kennedy: Occupy Money. Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind, Broschiert, 112 S., Kamphausen Verlag 2011, 9.95 €, Art.Nr. I3



Christian Kreiß: Profitwahn. Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt, Broschiert, 232 S., Tectum Verlag 2013, 17.95 €, Art.Nr. C9



Edwin Kreitz: Die Zwickmühle – Warum wir drin sitzen und wie wir wieder rauskommen, 126 S., Mebikus Verlag 2014, 10.00 €, Art.Nr. K11



Dirk Löhr: Die Plünderung der Erde. Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung. Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomik, Broschiert, 485 S., Verlag für Sozialökonomie 2009, 34.00 €, Art.Nr. E5



Werner Onken: Geld- und bodenpolitische Grundlagen einer Agrarwende, Broschiert, 125 S., Verlag für Sozialökonomie 2004, 8.00 €, Art.Nr. C6



Klaus Popp: Das Märchen vom guten Zins, Gebundene Ausgabe, 180 S., Signum Verlag 2006, 7.95 €, Art.Nr. A7



Fritz Schwarz: Das Experiment von Wörgl. Ein Weg aus der Wirtschaftskrise, Broschiert, 89 S., Synergia Verlag 2007, 10.01€, Art.Nr. K9



Gerhard Senft (Hg.): Land und Freiheit. Zum Diskurs über das Eigentum von Grund und Boden in der Moderne, 198 S., Promedia Verlag und Verein Kritische Geographie 2013, 15.90 €, Art.Nr. I9



Kostenloses INWO-Werbematerial zum Weitergeben oder zum Verteilen, Versandkostenpauschale: 3.50 €

Im **INWO-Shop auf der Homepage** können Sie weitere Literatur sowie Werbematerial wie Bierdeckel, T-Shirts usw. bestellen.
www.inwo.de/shop

Versandbedingungen

Die angegebenen Preise sind Bruttopreise und enthalten bereits die Mehrwertsteuer von 7% für Schriften und Bücher bzw. 19% bei allen anderen Artikeln. Für Bestellungen innerhalb Deutschlands, mit einem Bestellwert unter 20 Euro, berechnen wir zusätzlich 3.50 € (inkl. 19% MwSt.) Versandkosten. Ab 20 € Bestellwert liefern wir versandkostenfrei. Innerhalb Deutschlands verschicken wir gegen Rechnung. Sendungen ins Ausland versenden wir nur noch gegen Vorkasse. Bei Versand ins Ausland bitte die Versandgebühren telefonisch erfragen! Tel: +49 06623 919601. Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Widerrufsbelehrung finden Sie unter www.inwo.de/shop/allgemeine-geschaeftsbedingungen/

Rechnungsadresse

Vorname*

Name*

Straße*

PLZ*

Stadt*

Land*

Telefon

Email*

Bemerkung: (Hier können Sie auch eine abweichende Lieferadresse angeben)

Ort, Datum

Unterschrift

Hinweis: Felder mit * sind Pflichtfelder. Ihre Daten werden nicht an Dritte weitergegeben!



INITIATIVE
FÜR
NATÜRLICHE
WIRTSCHAFTSORDNUNG

INWO Deutschland e.V.
Wüstefeld 6
36199 Rotenburg/F.
Tel.: 06623 91 96 01
Fax: 06623 91 96 02
E-Mail: INWO@INWO.de

Aufnahmeantrag

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!

- ☐ Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 12 Euro (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt mittels Kontoauszug belegt werden.

Vorname _____		Name _____	
Straße _____		Postleitzahl _____	Ort _____
E-Mail-Adresse (bitte angeben für regelmäßige Informationen)		Telefon (für Rückfragen – keine Telefonwerbung!)	

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht notwendig:

Geburtsdatum bzw. Jahrgang _____	Beruf/Tätigkeit _____
----------------------------------	-----------------------

Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:

☐ Faltblatt ☐ Bekannte ☐ Internet ☐ Vortrag ☐ Seminar ☐ Sonstiges _____

Datenschutz: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und nur durch vom Vorstand der INWO unmittelbar Beauftragte für vereinsbezogene Zwecke verarbeitet und genutzt. Die Daten dürfen dabei nicht an Dritte weitergegeben werden. Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg/F.

Wenn Sie **nicht** am Lastschrift-Verfahren teilnehmen möchten, bitten wir Sie **einen jährlichen Dauerauftrag** bei Ihrer Bank einzurichten. Wir bitten um Beitragszahlung bis zum 1. Mai des jeweiligen Jahres.

Gläubiger-Identifikationsnummer der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO): DE90NWO00000047916

Einzugsermächtigung: Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

IBAN: DE ____ | ____ | ____ | ____ | ____ | ____ BIC: _____ | ____

Name des Kreditinstituts: _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Vorstand: Vlado Plaga, Erich Lange - Registergericht: Amtsgericht Frankfurt/Main, Registernummer: VR 10338

IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00 - BIC: GENODEM1 GLS

Kto.Nr. 6010 4514 00 - BLZ 4306 0967 - GLS Gemeinschaftsbank e.G.

Termine Deutschland

■ **Sa.-So., 6.-7. Dezember 2014, Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstraße 35, 73087 Bad Boll**

Macht und Recht in Staat und Gesellschaft

Tagung mit Fritz Andres, Eckhart Behrens und Dirk Lühr

Wir sind vom Ziel einer machtfreien Gesellschaft leider noch ziemlich weit entfernt. Insbesondere ist es bisher nicht ausreichend gelungen und leider auch nicht ernsthaft versucht worden, die Quellen der Vermachtung der Gesellschaft in ihrer ganzen Vielfalt ausfindig zu machen und systematisch zu stopfen oder auszutrocknen. Dies aber ist notwendig, nachdem sich die Kontrolle einmal entstandener Macht als fast unmöglich und ihre Auflösung als politisch kaum durchsetzbar erwiesen hat.

Weitere Informationen und Anmeldung:
Sffo, Tel. 07164-35 73, Fax: 07164-70 34,
E-Mail: sffo@gmx.net, Internet: www.sffo.de.
Ein Beitrag zu den Kosten wird erbeten (Richtsatz 25 Euro).

■ **Do., 11. Dezember 2014, 19.00 Uhr, Brauhaus Wichtel, Böblingen**

Treffen der INWO-Regionalgruppe Stuttgart

Momentan wöchentlich treffen sich Aktive aus Stuttgart und Umgebung um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen und Veranstaltungen zu planen. Gäste sind herzlich willkommen!

Weitere Treffen am 18. Dezember, 8. Januar, 15. Januar 2015...

Zur INWO-Regionalgruppe siehe:
www.inwo.de/inwo-vor-ort/stuttgart/
Anfahrt: www.wichtel.de/anfahrt_bb.php
Kontakt und Info: Stuttgart@INWO.de

■ **Di., 16. Dezember 2014, Rathausfestsaal, Fischmarkt 1, Erfurt**

Vom Giralgeld zu Vollgeld. Für eine stabile und gerechte Geldordnung

Vortrag von em. Prof. Dr. Joseph Huber (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) im Rahmen der Ringvorlesung »Was geht mich die Krise an?«
Mehr Infos: www.fh-erfurt.de/ringvorlesung, www.uni-erfurt.de/ringvorlesungen

■ **Fr., 19. Dezember 2014, Brüssel, Belgien Demonstration gegen TTIP und die Austeritätspolitik in Europa während des Gipfeltreffens der europäischen Staats- und Regierungschefs**

Unsere nationalen Regierungen und die EU-Instanzen unterwerfen die Menschen weiterhin dem Willen von Aktionären und multinationalen Unternehmen, während die Austeritätspolitik zunehmend brutaler wird. Die meisten nationalen Austeritätsprogramme setzen Empfehlungen der EU um, in Übereinstimmung mit dem europäischen Fiskalpakt, der von unseren Ländern unterzeichnet wurde. Diese Maßnahmen führen in eine anhaltende Rezession, verbunden mit einem umfangreichen Sozialabbau. Die geheimen Freihandelsverhandlungen spiegeln auch die Absicht der Beteiligten wider, die Interessen der Multis und deren Profitlogik durchzusetzen, auf Kosten eines sozialen, ökologischen und demokratischen Europas.

Mehr Infos unter: www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/termine/

■ **Fr, 2. Januar 2015, 18.30–21.00 Uhr, Hindenburgstraße 16, 91126 Schwabach**

Lesertreff der Humanen Wirtschaft Nürnberg

Monatliches Treffen zu Geld- und Bodenthemen
Ansprechpartnerin für Informationen:
Petra Bergemann, Tel. 09122/877375,
Mobil: 0175/3810118

■ **Di., 13. Januar 2015, 19.00–21.30 Uhr, Raum V2, Auslandsgesellschaft, Steinstr. 48 (direkt hinter dem Hauptbahnhof), Dortmund**

Treffen der INWO-Regionalgruppe Dortmund

Normalerweise jeden ersten Dienstag im Monat (außer in den Schulferien) treffen sich Aktive aus Dortmund und Umgebung, um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen zu planen. Gäste sind herzlich willkommen!

Weitere Treffen am 3. Februar, 3. März und 14. April 2015

Zur INWO-Regionalgruppe siehe:
www.inwo.de/inwo-vor-ort/dortmund/
Kontakt und Info: Dortmund@INWO.de

■ **Sa.-So, 24. und 25. Januar 2015, DGB-Haus in Mainz**

Treffen der TTIP-Kampagnengruppe

Am Samstag soll ein inhaltliches Seminar, am Sonntag dann das Arbeitstreffen der Kampagnengruppe selbst stattfinden.

Weitere Informationen: www.attac.de/ttip,
E-Mail: ttip@attac.de

Verschenken Sie ein FAIRCONOMY-Abonnement!

Mit unserer Zeitschrift machen wir auf die Ideen der FAIRCONOMY und die Arbeit der INWO aufmerksam. Helfen Sie mit, diese Ideen weiterzuverbreiten!

4 Ausgaben pro Jahr, versandkostenfrei
Preis: 10.00 € (inkl. MwSt.)

Dies und weitere Geschenkkideen finden Sie im Internet unter:
<http://www.INWO.de/shop>
Oder rufen Sie an unter
Tel.: 066 23 – 91 96 01, Fax: 066 23 – 91 96 02



Unser Wunsch für

2015

**Dass eine Utopie langsam
Wirklichkeit wird ...**

Wera Wendnagel
Mama Moneta
oder
die Frauenfolge



»Monetas wurden nicht vergötzt wie das Geld in der Alten Welt. Keiner wollte die Scheine la�ge bei sich behalten, keiner schenkte ihnen zu viel Liebe. Aber die Minderung der Geldscheine traf nicht die Allgemeinheit, sondern immer gleich diejenigen, die es treffen sollte, also die, die das Geld für längere Zeit bei sich behielten ...«

Die Geschichte von Mama Moneta ist für 9.80 €
erhältlich im INWO-Shop: www.INWO.de/shop